

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Neue Studie über Klimawandel auf Atollen

Die Wissenschaftler Roger McLean und Paul Kench haben in der September/Okttober-Ausgabe der Fachzeitschrift „*Wires-Climate Change*“ eine Studie über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Atolle veröffentlicht.

Auf knapp 20 Seiten beschreiben die Autoren in ihrem Bericht „*Destruction or persistence of coral atoll islands in the face of 20th and 21st century sea-level rise?*“ den Einfluss des Klimawandels auf 200 Inseln in 18 Atollen im zentralen und westlichen Pazifik in den letzten zweihundert Jahren. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass wider Erwarten die Inseln durch den Anstieg des Meeresspiegels und die Küstenerosionen nicht an Größe verloren haben.

Menschengemachte Maßnahmen wie der Bau von Deichen oder das Anlegen von Mangrovenwäldern zum Küstenschutz sowie die allgemeinen Veränderungen der Morphologie der Inseln haben verhindert, dass die Inseln drastisch geschrumpft sind. In einem weiteren Teil der Studie überlegen die Autoren, ob klimabedingte Migration von den Atollen auf das Festland zukünftig nötig sein wird, sollte der Meeresspiegel um mehr als einen Meter in den nächsten Jahren ansteigen. Des Weiteren entwerfen die Autoren Szenarien, wie Atollbewohner auf die Folgen des Klimawandels reagieren und wie sie diese minimieren können und mit welchen allgemeinen Maßnahmen die Atolle „widerstandsfähiger“ gegen Klimawandelfolgen gemacht werden können. (*Marshall Islands Journal* 27.11.15, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/wc.c.350/abstract>)

Japanische Entwicklungshilfe

Beim siebten *Pacific Islands Leaders Meeting* (PALM) vom 22. bis zum 23. Mai in Iwaki-City (Japan) hatte die Regierung Japans den pazifischen Inselstaaten finanzielle und logistische Hilfe zugesagt. Anlässlich des im Oktober in Tokio stattfindenden Gipfeltreffens der pazifischen Tourismusminister gab der japanische Premierminister Shinzo Abe nun bekannt, dass Japan in den nächsten drei Jahren die pazifischen Anrainerstaaten mit 450 Millionen US-Dollar unterstützen werde. Wie bei dem PALM7 vereinbart, soll die Entwicklungshilfe in sieben Bereiche fließen, u.a. in den Schutz vor den Folgen des Klimawandels und in den Ausbau nachhaltiger Fischereiprojekte.

So wird Japan den Bau eines „Climate Change Center“ in Samoa fördern, wo Forschungen zu den Folgen des Klimawandels betrieben werden sowie Nachwuchswissenschaftler ausgebildet werden sollen. Außerdem wird Japan ein Stipendienprogramm ins Leben rufen, das 100 begabten Pazifikinsulanern unter 40 Jahren das universitäre Studium in Japan ermöglichen soll. Schwerpunkt der japanischen Entwicklungshilfe wird auch das Müll-Management auf den kleinen pazifischen Inseln sein. Hier soll eine japanische Firma Strategien entwickeln, wie Restmüll entsorgt werden kann. Japan wird ebenfalls die „Hybrid Islands Initiative“ unterstützen, in der es darum geht, möglichst viel Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen und unabhängiger vom Import fossiler Brennstoffe zu werden. Mit besonderen Krediten wird Japan Infrastrukturmaßnahmen in Papua-Neuguinea, Vanuatu und Samoa fördern.

Der für den Pazifik zuständige Sprecher im japanischen Außenministerium, Hiroaki Shinohara, erklärte die große finanzielle Unterstützung für die pazifische Region mit den historischen Beziehungen zwischen Japan und den

Inselstaaten, die in die Zeit vor den beiden Weltkriegen zurückreichten. Außerdem sei der Pazifik für Japan ein wichtiger Handelspartner. 80 % des Thunfischbedarfs deckt Japan über Importe aus dem Pazifik. Shinohara betonte, mit der finanziellen und logistischen Unterstützung wolle Japan aus dem Pazifik eine „friedliche und prosperierende Region“ (Zitat) machen. (*Marianas Variety* 23.10.15)

Aufräumaktion an den Küsten

Im 30. Jubiläumsjahr der Gründung der Meeresschutzorganisation *Ocean Conservancy* haben sich weltweit über eine halbe Million Menschen am 26. September an einem „Aufräumtag“ an Stränden und Küsten beteiligt. Die freiwilligen Helfer waren dem jährlichen Aufruf der im Jahr 2012 gegründeten *Trash Free Seas Alliance* gefolgt und hatten vor allem Plastikmüll aufgesammelt. Unter den weltweit knapp acht Millionen Tonnen Müll, die an diesem Septembertag gesammelt, getrennt und registriert wurden, waren auch kuriose Dinge, wie z.B. ein großer Plastikdinosaurier und acht Bowlingkugeln. Die Helfer sortierten und zählten die Abfälle und trugen die Daten in eine internationale Datenbank ein. Diese gibt darüber Aufschluss, wieviel Plastikmüll und andere nicht-verrottende Abfälle täglich in den Weltmeeren landen.

Die „30 Annual International Coastal Cleanup“-Kampagne wurde im Pazifik vom Sekretariat des regionalen Umweltschutzprogramms (Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme, SPREP) unterstützt. Auf den pazifischen Inseln machten Vertreter von Kirchen und Jugendverbänden bei der Aufräumaktion mit. Auch Schulklassen beteiligten sich an der Kampagne. Allein in Samoa bargen die Helfer 135 Kilo Müll aus dem Hafenbecken in Apia und 1.030 Kilo Müll aus dem Fluss Gasegase. (*Talamua*

28.09.15,
<http://www.oceanconservancy.org/our-work/international-coastal-cleanup/2015-by-the-numbers.html>)

Kon-Tiki2-Expedition

Am 8. November sind in Lima (Peru) zwei traditionelle Flöße aus Balsa-Holz losgesegelt. In rund vier Monaten wollen sie entlang der Route von Thor Heyerdahls erster Kontiki-Fahrt im Jahr 1947 die Osterinsel erreichen. Von dort aus soll es anschließend auf einem Rundkurs wieder zurück nach Peru gehen.

Das 15-köpfige internationale Team auf den beiden Flößen unter Leitung des 42-jährigen Norwegers Torgeir Hiraff will bei der Pazifiküberquerung zu vier verschiedenen Themengebieten Daten sammeln und diese dann später von Experten auswerten lassen. So sollen die Auswirkungen des Klimawandels auf den Pazifik beobachtet werden sowie die Übersäuerung des Meerwassers. Außerdem wollen die Teilnehmer der so genannten „Kon-Tiki2-Expedition“ die Verschmutzung durch Plastikmüll im Meer beobachten. Sie wollen zudem die Auswirkungen des diesjährigen El Niño-Wetterphänomens aufzeichnen und ganz allgemein Daten über die Lebewesen im Ozean sammeln.

Interessierte können die Fahrt der beiden Flöße live im Internet verfolgen. Da die Boote mit modernster Technik ausgestattet sind, können die Expeditionsteilnehmer mehrmals täglich twittern.

Auf der Homepage <http://www.kontiki2.com> lässt sich verfolgen, wo im Pazifik die Flöße gerade unterwegs sind. Dort finden sich auch Fotos und tagebuchartige Eintragungen zum Expeditionsverlauf. (Radio NZ Intern. 11.11.15)

30 Jahre Zusammenarbeit

Anlässlich des „Fijian-German Forestry Day“ Mitte Oktober hat der scheidende fidschianische Präsident Ratu Epeli Nailatikau bei einer Feierstunde im Botanischen Garten in Suva auf die 30-jährige erfolgreiche deutsch-fidschianische Zusammenarbeit im Bereich der Forst- und Agrarwirtschaft hingewiesen. Seit 1985 unterstützen deutsche Experten das fidschianische Agrarministerium bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Waldbestände und beim Wald- und Umweltschutz. Über die Jahre hinweg seien auch persönliche Freundschaften zwischen Waldexperten entstanden, betonte Nailatikau. Gemeinsam habe man in einem Klima gegenseitigen Respekts viel erreicht, worauf man stolz sein könne, so der Präsident weiter. (Fiji Times 21.10.15)

Auszeichnung für SPREP-Direktor

Der scheidende Direktor der pazifikweit tätigen Umweltschutzorganisation SPREP (Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme), David Sheppard, ist mit dem samoanischen Umweltschutzpreis ausgezeichnet worden. Sheppard erhielt den Preis am Ende einer einwöchigen Samoa National Environment Week vom samoanischen Umweltminister Suluimalo Amataga Penaia in Apia überreicht. Bei der Preisvergabe am 6. November erklärte der Umweltminister, Sheppard erhalte den Preis für sein herausragendes Engagement für den Schutz der Umwelt in Samoa sowie für die öffentlichkeitswirksamen Kampagnen der SPREP zum Umwelt- und Meeresschutz auf den Inseln.

Sheppard bedankte sich nach der Preisvergabe bei seinen SPREP-Kollegen im Büro von Vailima und erklärte, Samoa könne stolz sein auf die Vorbildfunktion, die der Staat in Sachen Umwelt- und Naturschutz im gesamten pazifischen Raum einnehme.

Info: Der Australier David Sheppard war im Oktober 2009 zum Direktor von SPREP ernannt worden. Seine Amtszeit endet im Dezember des Jahres, Nachfolger wird der samoanische Rechtsanwalt Leota Kosi Latu. Er wurde für eine dreijährige Amtszeit gewählt und zeigte sich bewegt darüber, als erster Samoaner in das Amt des SPREP-Direktors gewählt worden zu sein. Latu ist verheiratet und hat vier Kinder. (<https://www.sprep.org/>, Talamua 16.11.15, Samoa Observer 24.09.15)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Gelder für El Niño-Folgen

Die Regierung hat der Entnahme von zusätzlichen 60 Millionen US-Dollar aus dem District Service Improvement Program zur Bekämpfung der Folgen des Wetterphänomens El Niño zugestimmt. Der neuguineische Finanzminister James Marape erklärte, dass jeder der 89 Distrikte rund zwei Millionen Kina (700.000 US-Dollar) aus diesem Fonds erhalte. Bisher hatte die Regierung bereits 8,3 Millionen US-Dollar für die Katastrophenhilfe bereitgestellt.

Außerdem habe die Regierung mit sieben Bau- und Transportfirmen ein Abkommen geschlossen, demnach diese Firmen zu besonders günstigen Konditionen die durch El Niño verursachten Schäden beseitigen sollen, erklärte der Finanzminister. Hier geht es vor allem um den Wiederaufbau von Infrastruktur und die zuverlässige Versorgung mit Energie und Trinkwasser im Hochland Neuguineas, das besonders unter anhaltender Dürre und Frost leidet. So sollen rund zweieinhalb Millionen Menschen von den Ernteaussfällen und der Trinkwasserknappheit durch die extrem langanhaltende Dürre betroffen sein. Nach Angaben des Finanzministers ist der Höhepunkt von El

Niño bereits überschritten, es sei jedoch noch bis März 2016 mit den Auswirkungen zu rechnen.

Für den gesamt-pazifischen Raum rechnen die Wissenschaftler mit knapp vier Millionen betroffenen Menschen. Vermutlich wird dieser El Niño sogar noch stärker als der in den Jahren 1997/1998, bei dem 23.000 Menschen an Hunger starben. (*Post-Courier* 23.10.15, *The Guardian* 12.10.15, <http://reliefweb.int/report/papua-new-guinea/care-png-el-ni-o-monitoring-october-2015>, <http://ipsnews.de/index.php/news/722-papua-neuguinea-fast-zweieinhalb-millionen-menschen-von-extremer-duerre-betroffen>)

Gewalt gegen Frauen

Die neuguineische Regierung zeigt sich machtlos angesichts familiärer sexueller Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Das ist das bedrückende Ergebnis einer aktuellen Studie der Organisation *Human Rights Watch*. Diese veröffentlichte Anfang November ihren Bericht „Bashed up: Family Violence in PNG“. Die Menschenrechtsorganisation benannte ihren Bericht so, weil viele Frauen in Interviews mit den Autoren der Studie offen geäußert hatten: „I was bashed up by my husband.“ (Dt. Ich wurde von meinem Ehemann zusammengeschlagen.)

Laut der Studie leiden zwei Drittel aller befragten Frauen unter häuslicher Gewalt. Anzeigen bei der Polizei gegen brutale Ehemänner verliefen oft im Sande, heißt es. Der Bericht schildert beispielsweise den Fall einer Frau, die insgesamt 17 Mal bei der Polizei vorstellig wurde, um ihren Ehemann der Gewalt anzuklagen. Die Polizei wies alle Anklagen zurück mit der Begründung, dass man sich nicht in eheliche Streitigkeiten einmischen wolle. In vielen Fällen rieten die Polizeibeamten den betroffenen Frauen gar, zu ihren Männern zurückzukehren.

Zwar hat die Regierung vor zwei Jahren den „Family Protection Act“ verabschiedet und die Stra-

fen für Gewaltausübung in der Ehe verschärft, doch findet das Gesetz bisher selten Anwendung.

Monica Paulus, Mitbegründerin des *Highlands Women Human Rights Defenders Movement*, erklärte, Frauen riskierten eine Anklage wegen Hexerei, wenn sie öffentlich ihre Männer anklagten. Viele Frauen trauten sich aus Angst vor ein Abrutschen in die Armut auch nicht, ihren Mann und das Dorf zu verlassen. Da die Männer meist die Hauptverdiener sind, sind Frauen von ihnen abhängig, um ihre Kinder versorgen zu können und eventuelle Schul- und Krankenhausgebühren bezahlen zu können.

(<https://www.hrw.org/report/2015/11/04/bashed-up-family-violence-papua-new-guinea>, *Radio Australia* 04.11.15)

Keine ausländischen Berater mehr

Zum 1. Januar 2016 tritt ein neues Gesetz in Kraft, demnach keine ausländischen Berater mehr im Öffentlichen Dienst beschäftigt werden dürfen. Das Gesetz richtet sich vor allem gegen „technical advisers“ aus Australien, wie es John Kali aus der regierungseigenen Abteilung für Personalwesen erklärte. Man wolle vermeiden, dass ausländische Staatsbürger in Diensten eines anderen Staates über Wohl und Wehe Papua-Neuguineas entscheiden, sagte Kali. Berater dürften künftig nur noch direkt von der Regierung angestellt werden und nicht mehr in Diensten anderer Staaten als externe Berater ins Land kommen. Dies betreffe den Gesundheitssektor, das Infrastrukturwesen, das Finanzministerium sowie das Justizwesen. Ausgenommen von dem Verbot sind externe Berater für die Polizei, die Armee, das Gefängniswesen, die Universitäten sowie für staatseigene Betriebe. Ob kirchliche Mitarbeitende von dem Berufsausübungsverbot betroffen sein werden, war nicht in Erfahrung zu bringen.

Premierminister Peter O'Neill begründete den drastischen Schritt damit, dass externe Berater die einheimischen Angestellten zu Faulheit verleiteten. Diese gäben sich keine Mühe in ihrem Amt mehr, wenn alle Entscheidungen sowieso von externen Beratern getroffen würden. Außerdem könne man nie sicher sein, ob es sich bei den ausländischen Angestellten nicht um Spione handle, so der Premier. Man wolle nicht auf externe Berater verzichten, so der Premier, werde diese aber im neuen Jahr selbständig rekrutieren und sich nicht mehr von anderen Staaten vorschreiben lassen, welche Berater nach PNG kämen. (*Sonderbeilage ABC News* 16.11.15)

Neue Thunfischfabrik in Lae

Die südkoreanische Firma *Dongwon*, Inhaberin der thunfischverarbeitenden Betriebe *StarKist* und *StarKist Samoa*, wird Anfang des nächsten Jahres in der Morobe Provinz eine neue Thunfischfabrik bauen. Dazu schloss *Dongwon* einen Vertrag mit der nationalen Fischereibehörde von Papua-Neuguinea. In der 35 Millionen US-Dollar teuren Fabrik sollen dann zukünftig alle in den Gewässern von PNG gefangenen Thunfische weiterverarbeitet werden.

Die Fabrik wird die sechste Thunfischfabrik in der Küstenstadt Lae sein, jedoch die erste unter Ägide der koreanischen Firma. Ein Vertreter von *Dongwon* versprach bei der Vertragsunterzeichnung die Schaffung von 2.000 direkten und 4.000 indirekten Jobs in der Fabrik und in deren Umfeld.

(<https://www.undercurrentnews.com/2015/1/05/dongwon-seals-35m-deal-with-png-for-new-tuna-plant/>)

Illegaler Holzeinschlag

Die neuguineische Aktivistenvereinigung *Act Now!* hat die Agrarminister der *Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft* (APEC) bei ihrem diesjährigen Gipfeltref-

fen vom 27. bis zum 29. Oktober in Port Moresby vor illegalem Landraub und illegalem Holzeinschlag in PNG gewarnt. Nach Angaben der Organisation sind 70 % des Holzeinschlags illegal. Die *Act Now!*-Programmverantwortliche Effrey Daemo beklagte zudem, dass es PNG seit mehr als 30 Jahren nicht gelungen sei, den illegalen Holzeinschlag unter Kontrolle zu bringen. Ein Problem stelle auch der Ausbau der Plantagenwirtschaft dar. Die Einheimischen würden von ihrem Land verdrängt, damit Großkonzerne dort Ölpalm-Plantagen anlegen können. Oft erhielten sie keine oder nur sehr geringe Kompensationszahlungen und würden im Vorfeld nicht genügend aufgeklärt, was die Anlage von Plantagen für ihren Lebensstil bedeute, beklagte Aktivistin Dademo.

Info: Die APEC-Agrarminister hatten sich unter dem Motto „Building Inclusive Economies - Building a Better World“ für drei Tage in Port Moresby getroffen, um über gemeinsame Strategien nachzudenken. Die Minister tauschten sich dabei über nachhaltige Forstwirtschaft, die Folgen des Klimawandels sowie über Aufforstungsprojekte in ihren Ländern aus. Sie verabschiedeten die so genannte „Eda Erklärung“, in der sie u.a. auf die kulturelle und biologische Bedeutung von Wäldern für die indigenen Bevölkerungen eingingen.

(*Post-Courier* 27.10.15,
http://www.apec.org/Meeting-Papers/Ministerial-Statements/Forestry/2015_forestry.aspx)

Kaum formelle Bildung

Nach Angaben des Weltbank-Verantwortlichen für die Region Pazifik, PNG und Timor-Leste, Franz Drees-Gross, haben 45 % der Männer und 55 % der Frauen in Papua-Neuguinea weniger als ein Jahr eine formelle Schulbildung genossen. Von 96 Grundschulkindern schafften es nur 10 % auf eine weiterführende Schule. Die mangelnde Schulbildung sei jedoch nicht das einzige Prob-

lem, erklärte der Deutsche Drees-Gross. Mit einer Versorgung von nur 13 % habe PNG die pazifikkweit niedrigste Stromversorgungsquote. Damit kann nach Einbruch der Dunkelheit nur noch mit Solarlampen gelernt werden, erklärte der Weltbank-Vertreter. Nichtsdestotrotz schaut Drees-Gross optimistisch in die Zukunft. Neuguinea sei auf einem guten Weg, sagte er. (*Post-Courier* 30.09.15, <http://www.worldbank.org/en/about/people/franz-drees-gross>)

BOUGAINVILLE

Infrastrukturmaßnahmen

Die bei dem Besuch des neuguineischen Premierministers Peter O'Neill Anfang des Jahres versprochenen 500 Millionen Kina sollen nach Angaben der autonomen Provinzregierung von Bougainville in den nächsten Jahren in die Verbesserung der Straßeninfrastruktur investiert werden. So wird die Firma *Dekenai Construction* eine Straße zwischen den Städten Kieta und Toimonapu bauen. Die *China Overseas Engineering Corporation* wird eine Straße zwischen Toimonapu und Buin bauen. Außerdem soll die bereits vorhandene Straße zwischen Kokopau und Aropa saniert werden.

Die Verbesserung der Infrastruktur auf Bougainville sei ein Großprojekt, das die Regierung noch lange beschäftigen werde, hieß es seitens einiger Provinzminister, die zur Vertragsunterzeichnung mit Vertretern der Baufirmen nach Port Moresby gereist waren. (*The National* 14.10.15)

SALOMONEN

Frauen sind gleichwertige Partner

In seiner Rede zur Eröffnung des jährlichen Schönheitswettbewerbes in der salomonischen Hauptstadt Honiara erklärte Premierminister Manasseh Sogavare Frau-

en zu „*equal partners in work and lives*“ (gleichwertige Partner in Arbeit und Leben). Der Schönheitswettbewerb finde deshalb auch unter dem Leitspruch „Women, our equal partners“ statt. Inzwischen seien Frauen in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen erfolgreich und den Männern ebenbürtig. Noch vor Jahren sei es undenkbar gewesen, dass Frauen auch in typischen „Männerberufen“ erfolgreich sein könnten. Deshalb werde das Kabinett auch noch in diesem Jahr den Vorschlag prüfen, zehn Parlamentsplätze für Frauen zu reservieren, versprach der Premier. Bereits jetzt unterstütze das Frauen- und Jugendministerium Bildungsprojekte für Frauen in ländlichen Gebieten, erklärte Sogavare. Gut ausgebildete Frauen könnten am meisten zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung beitragen, sagte er weiter. (*Solomon Star* 24.11.15)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Oliver Hasenkamp, Berlin, Vorstandsvorsitzender des Pazifik-Netzwerkes e.V.]

George Konrote ist neuer Präsident

Das fidschianische Parlament hat am 12. Oktober 2015 Jioji Konousi („George“) Konrote zum neuen Präsidenten des Landes gewählt. Er ist Nachfolger von Ratu Epeli Nailatikau, der seit 2009 als Präsident amtierte und am 11. November 2015 feierlich aus dem Amt verabschiedet wurde.

Konrote stammt aus Rotuma, einer zu Fidschi gehörenden polynesisch geprägten Inselgruppe. Da die Bewohner Rotumas nicht zu den so genannten *i-taukei*, der indigenen Bevölkerung der meisten, melanesisch geprägten fidschianischen Inseln gehören, gilt Konrote als erster Präsident, der einer anderen Bevölkerungsgruppe angehört. Der 1947 geborene Konrote begann seine Karriere

beim Militär, bei dem er unter anderem UN-Blauhelmissionen mit fidschianischer Beteiligung kommandierte. Von 2001 bis 2006 diente er als fidschianischer Botschafter in Australien, bevor er im Jahr 2006 als Vertreter Rotumas in das fidschianische Parlament gewählt und nach der Wahl unter Premierminister Laiseni Qarase Staatssekretär für Immigration und Pensionäre wurde. Das Amt verlor er kurz darauf wieder, als das Militär unter Voreqe Bainimarama die Regierung absetzte und Bainimarama zum Übergangspräsidenten ernannte.

Vor den ersten demokratischen Wahlen nach der Militärintervention, die im September 2014 stattgefunden haben und Banimarama als Premierminister bestätigten, trat Konrote der neu gegründeten *Fiji First-Partei* bei. Erneut wurde er in das Parlament gewählt und anschließend zum *Minister of Employment Opportunities, Productivity and Industrial Relations* ernannt. Nach seiner Wahl zum Präsidenten legte Konrote sein Mandat als Abgeordneter und seinen Posten als Minister nieder.

Konrote erhielt bei der Abstimmung 31 Stimmen aus der Fraktion der Regierungspartei *Fiji First*. Die 14 Abgeordneten der größten Oppositionspartei *SODELPA* stimmten gegen ihn, während sich die drei Abgeordneten der *National Federation Party* enthielten. *SODELPA* hatte Ratu Epeli Ganilau, Sohn von Penaia Ganilau, dem ersten fidschianischen Präsidenten nach Abschaffung der Monarchie im Jahr 1987, als Gegenkandidaten vorgeschlagen. Ganilau ist Gründer der früheren *National Alliance Party* und war von 1991 bis 1999 Chef des Militärs. Später wurde er Parlamentsmitglied und war bis 2004 Vorsitzender des Großen Häuptlingsrats, der bis zu seiner Abschaffung im Jahr 2007 für die Ernennung der Präsidenten zuständig war. Nach der Militärintervention 2006 war er ein Jahr Verteidigungsminister in der Übergangsregierung, trat aller-

dings zurück, als sich abzeichnete, dass es keine baldigen Neuwahlen geben würde.

Der nun gewählte neue Präsident Konrote ist der erste, der auf Basis der neuen fidschianischen Verfassung vom Parlament bestimmt wurde. Sein Vorgänger Ratu Epeli Nailatikau war 2009 von der Übergangsregierung berufen worden. Nailatikau genoss jedoch auch Respekt innerhalb der Opposition und über Fidschis Grenzen hinaus, wo er sich vor allem für seinen Einsatz im Kampf gegen HIV und Aids einen Namen gemacht hatte. Anfang des Jahrtausends war er für die internationale Organisation UNAIDS Sonderbeauftragter für die Pazifik-Region.

Die offizielle Vereidigung von Konrote fand einen Monat nach seiner Wahl am 12. November 2015 statt. An der Vereidigungszeremonie nahm kein einziges Mitglied der Opposition teil. Mick Beddoes, der als eine Art Geschäftsführer das so genannte Oppositionsbüro leitet, versicherte jedoch, Oppositionspolitiker hätten Einladungen für die Zeremonie erhalten, hätten es jedoch vorgezogen, an einem seit längerer Zeit geplanten Workshop zum von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf teilzunehmen.

(Wikipedia, Radio New Zealand International 11.10.15, 12.10.15, Fiji Times 13.10.15, 13.11.15, Fiji Sun 12.11.15)

Polizeichef Groenewald tritt nach Kritik an Einmischung aus Militär & Regierung ab

Der Vertrag des bisherigen fidschianischen Polizeichefs Ben Groenewald ist nach internen Auseinandersetzungen mit der Regierung und dem Militär im November in beidseitigem Einverständnis aufgelöst worden. Vorausgegangen war Kritik des aus Südafrika stammenden Groenewalds an der versuchten Einmischung von Militär und Regierungsvertretern in die Polizeiarbeit. Groenewalds eigenen Angaben zur Folge habe man sich auf

die einvernehmliche Beendigung des Dienstverhältnisses geeinigt, nachdem er der Regierung wegen der Einmischung von einzelnen Offizieren des Militärs in seine Arbeit mit seinem Rücktritt gedroht habe. Die offizielle Mitteilung des Informationsministeriums zur Beendigung der Zusammenarbeit vom 10. November 2015 sprach hingegen von persönlichen Gründen, aus denen Groenewald nach Südafrika zurückkehren wolle.

Seine Kritik hat Groenewald nach seiner Rückkehr nach Südafrika in einem Statement erneuert. Demnach habe seine Arbeit sowohl unter internem Widerstand gegen Veränderungen im Polizeiparagrafen als auch einem Mangel an politischem Willen, die zu geringen Ressourcen der Polizei aufzustocken, gelitten. Das Vermächtnis von Fidschis von Militärputschen geprägter Geschichte und der Fakt, dass die Polizei vor seinem Dienstantritt über 10 Jahre von einem Offizier des Militärs geleitet worden sei, hätten ihr Kritik von lokalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen wegen ihres oft brutalen Vorgehens eingebracht. Dies habe er ändern wollen, der Regierung aber immer wieder von unrechtmäßigen Einmischungsversuchen einzelner Offiziere des Militärs berichten müssen. Groenewald schrieb in seinem Statement, er habe das Militär aufgefordert, eine unabhängige Untersuchung zu den Vorfällen einzuleiten. Hierüber sei das Militär nicht erfreut gewesen und es habe mit der Regierung ein Gespräch über das zukünftige Vorgehen gegeben, an dessen Ende die Einigung auf eine Beendigung des Vertrages gestanden hätte.

Der geschäftsführende Kommandeur des fidschianischen Militärs, Viliame Naupoto, wies die Anschuldigungen zurück. Die beiden Organisationen hätten stets gut zusammengearbeitet. Auch der Justizminister und stellvertretende Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum zeigte sich überrascht über das Statement von Groene-

wald. Er habe bei seinem letzten Gespräch mit ihm vor seiner Abreise den Eindruck gehabt, er verlasse Fidschi im Guten und als Freund des Landes.

Zum neuen geschäftsführenden Polizeichef ist mit Sitiveni Qiliho nun wieder ein Angehöriger des Militärs ernannt worden. Der frühere Kommandeur der Landstreitkräfte war zuvor auch als potentieller neuer Militärchef des Landes gehandelt worden. Zunächst soll Qiliho nun für drei Monate als geschäftsführender Polizeichef fungieren, ob er die Position darüber auch langfristig übernehmen soll, ist derzeit noch unklar. Auch Qiliho berichtet, bis zur Veröffentlichung des Statements von Groenewald aus Südafrika hätte es keine Verstimmungen gegeben. So hatte es vor der Abreise Groenewalds noch mehrere Treffen zwischen ihm und seinem Nachfolger Qiliho gegeben. Qiliho, der Groenewald am Flughafen in einer Zeremonie verabschiedete und die gute Arbeit von ihm lobte, bezeichnete sich als sehr zufrieden mit der Übergabe. Berichten zur Folge soll sich auch Groenewald bei seinem Abschied bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit bedankt und gesagt haben, er verlasse das Land ohne jegliche negative Gefühle gegen irgendeine Person.

In dem Statement warf Groenewald den Behörden außerdem vor, seit Monaten nichts gegen die schlechten Wohnbedingungen seiner Familie unternommen zu haben, die in Fidschi in einer von Schimmel befallenen Wohnung leben musste. (*Fiji Sun* 17.11.15, *ABC* 18.11.15, *Islands Business* 19.11.15, *Fiji Times* 20.11.15)

Anklagen gegen Anhänger von Separatisten-Bewegungen

Wie in den letzten beiden Ausgaben der *pazifik aktuell* berichtet, hat die Polizei in den Provinzen Ra und Nadroga-Navosa zahlreiche Anhänger einer Separatistenbewegung festgenommen,

welche die Errichtung zweier so genannter souveräner christlicher Staaten angestrebt hatten. Nach Aufdeckung eines geheimen Trainings und Waffenfunden in der Region sind auch Soldaten vorübergehend in den Provinzen stationiert gewesen. Bis Ende September sind insgesamt 70 Personen im Zusammenhang mit den illegalen Aktivitäten verhaftet worden. Berichten zur Folge soll es auch im Oktober weitere Verhaftungen gegeben haben, es wurden allerdings keine Angaben zu der Zahl der Verhafteten gemacht. Erstmals sollen auch Personen außerhalb der betroffenen Provinzen festgenommen worden sein, darunter Personen, die in den Norden des Landes geflüchtet waren, um einer Verhaftung zu entgehen.

Die zentrale Drahtzieherin der Bewegung vermutet die Regierung weiterhin in Australien. Premierminister Voreqe Bainimarama bezeichnete die Aktivistin als „Feind Fidschis“. Den Anhängern der Bewegung hat er harte Strafen und viele Jahre im Gefängnis angedroht. Jeder Angriff auf seine Regierung sei ein Angriff auf die Demokratie. Gleichzeitig kritisierte er, dass die größte Oppositionspartei SODELPA sich seinen scharfen Verurteilungen der Separatisten nicht anschloss. Auch wenn die Parteiführung stets jegliche Verbindungen zu den Separatistenbewegungen abgestritten hatte, haben einige Parteimitglieder immer wieder auch Verständnis für die Bestrebungen der Separatisten geäußert. Eine SODELPA-Politikerin soll auch bei einem Treffen potentieller Anhänger der Bewegung anwesend gewesen sein, sie habe den Teilnehmern des Treffens aber nach eigener Aussage den Rat erteilt, der Bewegung den Rücken zu kehren.

SODELPA-Politiker werfen Bainimarama hingegen vor, seine Rhetorik sei sehr aggressiv geworden. Sie verglichen diese mit der Situation vor der von ihm angeführten Militärintervention im Jahr 2006, vor welcher er die Re-

gierung in klaren Worten aufforderte, ein geplantes Gesetz zur Immunität für die Hintermänner des zivilen Putsches im Jahr 2000 nicht zu verabschieden. Außerdem kritisiert SODELPA, Bainimarama werfe den Verhafteten Rechtsverstöße vor, weigere sich aber, selbst Verantwortung für die von ihm begangenen Verstöße gegen das Recht zu übernehmen und verstecke sich hinter Immunitätsregelungen, die für die Aktivitäten nach der Militärintervention im Jahr 2006 getroffen wurden. In einem zweifelhaften Statement verglich die Partei die Aufforderung Bainimaramas, dass alle Bürgerinnen und Bürger über Separationsaktivitäten in ihrem Umfeld berichten sollten, mit den Taktiken von Adolf Hitler und Josef Stalin, unter denen Familien und Freunde sich gegenseitig ausspionieren mussten. Vorgeworfen wird der Regierung auch, eine einseitige Darstellung der Geschehnisse mittels einer US-amerikanischen PR-Firma und der als regierungsnah geltenden Tageszeitung *Fiji Sun* zu verbreiten.

Anfang November hat es erste Gerichtsanhörungen einer Gruppe von 44 Angeklagten gegeben, die sich als nicht schuldig zu den Anklagepunkten bekannten. Anders als andere inhaftierte Personen wird dieser Gruppe neben der Unterstützung der Separatistenbewegung auch die Teilnahme an einem geheimen militärischen Training zur Last gelegt. Nach abweichenden Berichten der fidschianischen Tageszeitungen *Fiji Sun* und *Fiji Times* sowie des neuseeländischen Radiosenders *Radio New Zealand International* wurden Anfang November hingegen erstmals 16 oder 17 im Zusammenhang der Separatistenbewegung verhaftete Personen aus Nadroga auf Kautionsfreigabe freigelassen. Darunter sollen sich nach Angaben von *Fiji Times* mindestens zwei Personen und laut *Radio New Zealand International* sechs Personen befinden, die aus dringenden medizinischen Gründen freigelassen wurden. Bei den anderen Personen

soll das Gericht einen Antrag auf Freilassung auf Kautionsunterbrengung unter strengen Bedingungen genehmigt haben. Mitte Oktober hatte das Gericht noch entschieden, dass die Gruppe vorerst in Untersuchungshaft bleiben müsse. Am ersten Dezember sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Sowohl *Fiji Sun* als auch *Fiji Times* nannten einen Großteil der Angeklagten namentlich in ihren Berichten.

Pacific Scoop beleuchtet in einer Analyse die Stimmung in Fidschi Hauptstadt Suva. Die Meinung der Befragten spiegelt wider, dass das Leben in Suva und Fidschi derzeit normal verläuft und die Verhaftungen und die Berichte über die Separatistenbewegungen derzeit keine Auswirkungen auf das öffentliche Leben in weiten Teilen des Landes haben. Ebenso wird jedoch auch deutlich, dass viele der Befragten sagen, dass sie im Falle einer Verschlimmerung der Situation und einer möglichen Eskalation, die sie derzeit jedoch noch für unwahrscheinlich halten, gravierende Folgen für die Wirtschaft, Sicherheit und insbesondere den Tourismus fürchten. (*Radio New Zealand International* 31.8.15, 3.10.15, 19.10.15, 7.11.15, *Fiji Times* 5.11.15, 10.11.15, *Fiji Sun* 8.9.15, 7.11.15, *Pacific Scoop* 2.9.15)

Streit in der Oppositionspartei SODELPA

Wichtiger Hinweis: Der folgende Artikel basiert auf Enthüllungen, die von der fidschianischen Tageszeitung Fiji Sun veröffentlicht worden sind. Abgesehen von Fiji Sun ist die Nachrichtenlage insbesondere zu den jüngsten Entwicklungen sehr dünn, so dass einige Informationen kaum mit anderen Quellen abgeglichen werden können. Daher möchte der Autor darauf hinweisen, dass Fiji Sun tendenziell als regierungsnah gilt und ihre Berichte über die Oppositionspartei SODELPA deshalb gegebenenfalls als nicht neutral betrachtet werden müssen.

Eine interne Kommission der größten fidschianischen Oppositionspartei SODELPA hat ihre Arbeit aufgenommen, um die Vorwürfe des vertraulichen so genannten Gaunavina-Berichts zu überprüfen. Wie in der vergangenen Ausgabe berichtet, wurde der vertrauliche Bericht nach einer internen Revision des Oppositionsbüros unter einem Pseudonym verfasst und später der Tageszeitung *Fiji Sun* zugespielt. Die Kommission soll nun die meisten der in dem vertraulichen Bericht erhobenen Vorwürfe bestätigt haben. Der Bericht hatte dem Oppositionsbüro insbesondere intransparente Arbeit und die Veruntreuung von Geldern vorgeworfen, aber auch der Oppositionsführerin Ro Teimumu Kepa eine mangelnde politische Strategie unterstellt.

Bei den nun von der Kommission untersuchten Vorwürfen ging es vor allem um eine Zahlung von 225.000 Fidschi-Dollar an das Oppositionsbüro. Im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung, bei der alle im Parlament vertretenen Parteien ähnlich wie in Deutschland gemäß ihrem Stimmenanteil bei der letzten Wahl finanzielle Unterstützung erhalten, damit sie unabhängig von Großspendern agieren können, hätte dieses Geld eigentlich der Partei SODELPA zugestanden. Das Geld floss, wie die Kommission nun bestätigte, allerdings nicht an die Parteizentrale, sondern direkt an das Oppositionsbüro. Dies sorgt für allem an der Parteibasis von SODELPA für Unverständnis, da das Geld somit nicht der gesamten Partei zu Gute kommt, sondern direkt von den Mitarbeitern des Oppositionsbüros und der Oppositionsführerin Ro Teimumu Kepa für ihre in der eigenen Partei umstrittene Arbeit genutzt werden kann. Bei den anderen beiden Parteien im Parlament, der Regierungspartei *Fiji First* und der *National Federation Party*, welche sich das Oppositionsbüro mit SODELPA teilt, flossen die Gelder korrekt an die Parteien selbst und wurden erst später auf offiziellen Parteibeschluss

teilweise an die Parlamentsfraktionen weitergeleitet. Noch offen ist die Frage, wer für die direkte Überweisung der 225.000 Fidschi-Dollar Parteifinanzierung an das Oppositionsbüro zuständig war. Mitglieder der Partei fordern Berichten zur Folge weitere Aufklärung zu diesem Punkt und gegebenenfalls den Rücktritt der verantwortlichen Person.

Diskussionen gibt es auch über die Frage der Rechtsnachfolgerschaft der SODELPA für die frühere Partei *Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua* (SDL). Zuvor hatte SODELPA Schulden der Vorgängerpartei getilgt. Dies war von einigen Parteimitgliedern kritisiert worden, die sich auch inhaltlich nicht mit den Zielen der früheren SDL identifizieren wollen, die sich insbesondere für die Rechte der indigenen *i-taukei* Bevölkerung des Landes eingesetzt hatte.

Die interne Kommission hat in ihrer Sitzung als ersten Schritt zur Verbesserung der Arbeit des Oppositionsbüros beschlossen, dass neue Angestellte angeworben werden sollen, um die Qualität der inhaltlichen Arbeit des Büros zu steigern. Alle bisherigen Mitarbeiter müssten sich demnach neu auf ihre Stellen bewerben. Die auch unter SODELPA-Abgeordneten umstrittene Oppositionsführerin Ro Teimumu und Parteipräsident Naiqama Lalabalavu waren bei dem Treffen nicht anwesend. Führende Mitglieder der Partei kritisierten währenddessen, dass die Weitergabe von Parteiinternas an die Medien offensichtlich weitergeht. So war jüngst auch ein privater Brief eines SODELPA-Abgeordneten von der *Fiji Sun* veröffentlicht worden. (*Fiji Sun* 27.9.15, 28.9.15, 6.10.15, 7.10.15, 21.11.15, 25.11.15, *Radio New Zealand International* 20.8.15, 1.9.15, *Fiji Village* 8.9.15)

Parlament verabschiedet Haushalt

In mehreren Marathon-Sitzungen hat das fidschianische Parlament im November den Haushaltsplan des Landes für das kommende Jahr verabschiedet. Anders als im vergangenen Jahr, als die Opposition die Sitzung zum Haushalt geschlossen boykottierte, lieferten sich Angehörige von Regierung und Opposition in diesem Jahr lange Wortgefechte. Dabei soll es Beobachtern zur Folge sowohl um konkrete Zahlen als auch um Begrifflichkeiten und Formulierungen gegangen sein. Die Opposition brachte unzählige Änderungsanträge ein, welche mit der Mehrheit der Regierungsfraktion der Abgeordneten der Fiji-First-Partei jedoch alle abgelehnt wurden.

Besondere Aufmerksamkeit in der Debatte erfuhren geplante Änderungen der Regierung an der Mehrwertsteuer, die für verschiedene Produkte anfällt. Während die Regierung davon ausgeht, dass die gesamte Bevölkerung von den Mehrwertsteuerkürzungen profitieren wird, handelt es sich aus Sicht der Opposition vor allem um eine Entlastung von reicheren Menschen, während die Kosten für ärmere Bevölkerungsschichten ansteigen könnten. Der Oppositionsabgeordnete und Vorsitzende der Fraktion der drei Abgeordneten der *National Federation Party*, Biman Prasad, bezeichnete den Haushaltsplan als ein trügerisches Budget einer verwirrten Regierung.

Kritik erhielt Premierminister Voreqe Bainimarama dafür, dass er nicht persönlich an der Haushaltsdebatte teilnahm. Bereits im vergangenen Jahr war er dafür kritisiert worden, während der Verabschiedung des Haushaltsplans nicht anwesend gewesen zu sein. (*Fiji Sun* 17.11.15, 19.11.15)

Noch kein neuer Militärführer ernannt

Nach der Abberufung von Mosese Tikoitoga als Kommandeur des fidschianischen Militärs im August 2015 nach nur 18 Monaten im Amt (wir berichteten in der letzten Ausgabe der *pazifik aktuell*), ist weiterhin kein Nachfolger ernannt worden. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wurde das Militär weiterhin von Viliame Naupoto als geschäftsführendem Kommandeur geleitet. Inzwischen verdichten sich allerdings die Hinweise, dass Naupoto die Funktion auch langfristig übernehmen könnte. So gab er inzwischen bekannt, sich um die Funktion bewerben zu wollen, während andere Kandidaten, die wie in der letzten Ausgabe berichtet, ursprünglich im Gespräch waren, inzwischen aus dem Rennen zu sein scheinen oder auf andere Posten gewechselt sind, wie der frühere Kommandeur der Landstreitkräfte, Sitiveni Qiliho, der zwischenzeitlich zum geschäftsführenden Polizeichef ernannt wurde. Auch lehnte Naupoto es ab, als Nachfolger von George Konrotos, der sein Abgeordnetenmandat nach der Wahl zum Präsidenten niedergelegt hatte, ins Parlament nachzurücken. (*Fiji Times* 11.11.15, 11.12.15)

Sicherheitsmaßnahmen an französischer Botschaft erhöht

Nach den terroristischen Angriffen in Paris hat auch die französische Botschaft in Fidschi ihre Sicherheitsvorkehrungen erhöht. Vor der Botschaft sowie den Gebäuden der *Alliance Française* in Suva und im tongaischen Nuku'alofa seien Sicherheitskontrollen aller Besucher als Vorsichtsmaßnahme eingeführt worden.

Der französische Botschafter Michel Djokovic sagte, er sei beeindruckt von dem großen Mitgefühl in Fidschi und dankbar für die Deutlichkeit, mit welcher die fidschianische Regierung die An-

schläge verurteilt hatte. Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama sagte, alle Fidschianer teilten seinen Schock über die Anschläge, die unschuldige Menschen getroffen hätten. In fidschianischen Medien wurde währenddessen viel über fidschianische Rugby-Spieler berichtet, die in Paris spielen, und in Interviews ihre Erlebnisse in dieser Nacht schilderten. (*Fiji Sun* 15.11.15, 16.11.15)

VANUATU

Auflösung des Parlaments

Der vanuatische Präsident Father Baldwin Lonsdale hat Ende November das Parlament aufgelöst und die Neukonstituierung für Januar 2016 angekündigt. Als Grund gab der Präsident die Regierungskrise an. Das Parlament war handlungsunfähig geworden, nachdem im Oktober des Jahres 14 Parlamentarier aufgrund von Korruptionsvorwürfen aus dem Parlament ausgeschlossen worden waren. Lonsdale sagte, es sei im Sinne der politischen Stabilität des Landes, das Parlament aufzulösen und im Januar neu zu wählen. Zuvor waren die Bemühungen des Premierminister Sato Kilman um eine Auflösung des politischen Stillstands gescheitert. Das Parlament hätte in seinen letzten Sitzungen vor der Weihnachtspause dringend über den Haushalt 2016 entscheiden müssen.

Oppositionspolitiker kritisierten die Entscheidung des Präsidenten. Kenneth Natapei, der im letzten Monat nach dem überraschenden Tod seines Vaters Edward Natapei in das Parlament gewählt worden war, beklagte den denkbar ungünstigen Zeitpunkt für die Auflösung des Parlaments. Vanuatu befinde sich mitten in einer Naturkatastrophe (El Niño) und bräuchte eigentlich handlungsfähige Politiker zur Bewältigung der Krise. (*Radio NZ Intern*. 24.11., 25.11., 26.11.15)

Auswirkungen von El Niño

Eine Mitarbeiterin der Hilfsorganisation *World Vision* hat nach dem Besuch der Insel Tanna auf die verheerende Ernährungssituation der Bewohner hingewiesen. Nach der durch El Niño ausgelösten monatelangen Dürre sind die Wassertanks leer. Außerdem können die Menschen kein Obst und Gemüse aus ihren Gärten ernten. Die Gärten waren bei dem tropischen Wirbelsturm *Pam* im März des Jahres zerstört worden und noch sind keine neuen Nahrungspflanzen nachgewachsen.

Dominica Leonard von *World Vision* zeigte sich entsetzt. „*Ich war mitten in der Mango-Saison auf Tanna und es gab keine einzige Mango an den Bäumen*“, sagte sie. Ebenso fehlten die Bananen an den Stauden. Die Preise für Kokosnüsse seien um das vierfache gestiegen. Vordringlich sei jetzt der Transport von Trinkwasser nach Tanna, um die Gärten bewässern zu können und weiteren Missernten vorzubeugen, erklärte die Mitarbeiterin des Hilfswerks. (*Radio NZ Intern. 01.12.15*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Haftstrafe für Ex-Präsidenten

Der ehemalige Präsident Harold Martin ist Anfang November zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt worden, wobei ein Jahr auf Bewährung ausgesetzt wurde. Martin wurde verurteilt, weil er während seiner Amtszeit in seiner Funktion als geschäftsführender Direktor der staatlichen Telefongesellschaft *OPT* einen öffentlichen Auftrag über 29 Millionen US-Dollar an einen engen Freund vergeben hatte. Martin wurden zudem für einen Zeitraum von fünf Jahren seine bürgerlichen Rechte entzogen.

Info: Harold Martin wurde 1954 als Sohn europäischer Einwanderer in Nouméa geboren. Er war

von August 2007 bis Juni 2009 sowie von März 2011 bis Juni 2014 Präsident von Neukaledonien. (*Radio NZ Intern. 09.11.15, Wikipedia*)

Streik in Mine

Hunderte von Arbeitern des Minenbetreibers *SLN* (*Société Le Nickel*) sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt und in Streik getreten. Vor den Toren der Nickelmine wurden Autoreifen angezündet aus Protest gegen die vom Management angekündigte Schließung mehrerer Schmelzöfen. Nach Angaben der Gewerkschaft stehen 60 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Der französische Mutterkonzern gab zudem bekannt, den Neubau eines weiteren Hüttenwerkes bis auf weiteres auszusetzen. *SLN* ist in finanzielle Schieflage geraten, weil der Nickelpreis auf dem Weltmarkt stark gesunken ist und die neukaledonische Regierung kürzlich ein Exportverbot von Nickel in einige Länder (wie z.B. Japan) verhängte. (*Radio NZ Intern. 19.11.15*)

Pantz erhält Dokortitel in Geographie

„*Wenn ich diese Doktorarbeit geschrieben habe, dann um zu zeigen, wie sehr ich diese Insel und seine Einwohner liebe, und um ihr zurückzugeben, was sie mir geschenkt hat.*“

Nach fünf Jahren Forschung hat Pierre-Christophe Pantz am 26. November 2015 seine Promotion in Geographie mit dem Titel „Geopolitique des territoires kanak“ (Geopolitik der Kanak-Gebiete) an der Universität Paris I Sorbonne verteidigt und mit Bravour bestanden.

In Neukaledoniens Hauptstadt Nouméa geboren, hat Pierre-Christophe Pantz drei Jahre Geographie an der „Universität de la Nouvelle-Calédonie“ studiert. Anschließend ging er nach Paris, wo er an der „Ecole Normale Supérieure“ einen Master in Geopolitik machte. Im internationalen Wohnheim „Cité Internationale

Universitaire“ traf er andere in Neukaledonien geborene Studenten. Für ihn war es egal, ob diese Kanak, Wallisien und europäischen Ursprungs waren. Das im Vertrag von Nouméa festgeschriebene „*destin commun*“ (gemeinsames Schicksal) werde in diesem Wohnheim vorgelebt, so Pantz.

Seine Promotion beschäftigte sich mit der Geschichte der Entkolonialisierung seit 1946 und mit der Rückgabe von Land an Kanak-Clans im Zuge der Landreform, die 1978 begonnen hat. Nach dem Ende seiner Promotion wird Pantz nun definitiv in seine Heimat zurückkehren.

(Artikel von Dr. M. Kowasch, Bremen, Vorstandsmitglied Pazifik-Netzwerk e.V., Quellen: *Calédonie 1ière* vom 30. November 2015, <http://nouvellecaledonie.la1ere.fr>)

Neukaledonien demonstriert

Das Klima steht im Zentrum der Diskussion. In Paris findet ab Montag, den 30. November 2015 der Weltklimagipfel, der sogenannte COP 21, statt. Die Verhandlungen werden bis zum 11. Dezember andauern. Über 20 Ereignisse zum Thema des Klimawandels sind in den französischen Überseegebieten, die 17 Vertreter nach Paris entsenden, parallel zum Gipfel geplant. In Neukaledonien sind am Wochenende des 28. Novembers 2015 Hunderte von Personen dem Aktionsaufruf von Umweltorganisationen gefolgt. Die Organisation „Collectif CCC“ zum Beispiel stellte ihren Aufruf unter das Motto „Sich für das Klima ins Meer werfen“. Mokamana, WWF, Cordelline und der „Sénat Coutumier“ riefen zu einer menschlichen Mauer am Meer auf.

Am Montag, dem 30. November, folgte die Politik: Die Abgeordneten des neukaledonischen Kongresses berieten über eine neue Initiative zum Thema Klima und Energie. Ziel der Initiative ist es, den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen zu reduzieren, sowie die regenerativen Energien

zu fördern. (Artikel von Dr. M. Kowasch, Bremen, Vorstandsmitglied Pazifik-Netzwerk e.V., Quellen: Calédonie 1ière vom 30. Noevmber 2015, <http://nouvelecaledonie.la1ere.fr>)

MIKRONESIEN

Großes Meeresschutzgebiet

Palau: Der Senat von Palau hat sich Ende Oktober mit großer Mehrheit dafür entschieden, das sich seit Jahren in Planung befindende Meeresschutzgebiet *Palau National Marine Sanctuary* rund um die Inselrepublik nun endlich einzurichten und die bis dato geplanten Schutzmaßnahmen zu verstärken. Nach Ablauf einer fünfjährigen Frist sollen 80 % der gesamten Fläche der Exklusiven Ökonomischen Zone (EEZ) - das entspricht in etwa einer halben Million Quadratkilometer - unter strengsten Schutz gestellt werden. Hier wird dann weder Hochseefischfang möglich sein, noch dürfen Öl-Probefahrungen in der Tiefsee oder Fracking durchgeführt werden. Auch ein zukünftig möglicher Abbau von Ressourcen aus der Tiefsee wird damit unmöglich gemacht. 20 % dieser Fläche soll als Fischfangzone für einheimische Fischer ausgewiesen werden. Diese dürfen in dem entsprechenden Gebiet für den Eigenbedarf fischen und begrenzte Mengen auch im Sinne einer Einkommensschaffenden Maßnahme exportieren. In diesem Gebiet dürfen sich dann auch Touristen zum Schnorcheln, Angeln und Tauchen aufhalten.

Präsident Tommy Remengesau Jr. begrüßte die Ausweisung des Schutzgebietes. Zwar sei Palau nur ein kleiner Staat auf der Welt, habe aber aufgrund seiner enorm großen Exklusiven Ökonomischen Zone Einfluss auf den Schutz des Pazifischen Ozeans. Zum Wohle von Mensch und Umwelt könne man deshalb auch gerne auf die rund acht Millionen

US-Dollar verzichten, die Palau jährlich von ausländischen Fischfangflotten für die Vergabe von Fangquoten erhalten hatte, sagte der Präsident in Richtung der Kritiker seiner Umweltschutzpolitik.

Bereits im Jahr 2009 hatte der palauische Präsident als einer der ersten Staatsechefs im Pazifischen Ozean eine Fläche von 4,9 Millionen Quadratkilometern innerhalb der EEZ der Inselrepublik als Haischutzgebiet ausgewiesen.

Info: In dem sechstgrößten Meeresschutzgebiet weltweit, das in etwa so groß wie Kalifornien ist, leben 1.300 bekannte Fischarten und über 700 verschiedene Spezies an Korallen. (*Radio NZ Intern. 24.10.15, Palau Island Times 15.10.15*, <http://www.palauoceans.org/marinesanctuary/>)

Operation Clean Business

Palau: Gemeinsam mit dem Büro des Generalstaatsanwaltes und dem Einwanderungsministerium hat das Arbeitsministerium die Kampagne "Clean Business" gestartet. Sie zielt darauf ab, dass Arbeitgeber aus Industrie und Wirtschaft sich an die geltenden Rechte und Gesetze halten und keine illegalen Einwanderer beschäftigen. Die Kampagne hat bereits am 1. Oktober begonnen. Nach einer Schonfrist von 30 Tagen wollen die Ministerien unangekündigt in den Betrieben die Einhaltung der Gesetze überprüfen und bei Verstößen hart durchgreifen. Ziel der Kampagne ist u.a. die Verbesserung von Arbeitsbedingungen für fest angestellte Einheimische und das Eindämmen von Schwarzarbeit. (*Palau Island Times 28.09.15*)

Uni erhält Sonderforschungsgelder

Guam: Die amerikanische Regierung hat der Universität von Guam Sonderforschungsgelder in Höhe von 4,3 Millionen US-Dollar zugeteilt. Die Gelder sollen zweckgebunden in die Krebsfor-

schung fließen. Das Krebsforschungszentrum an der Uni in Guam kooperiert dabei bereits seit 2009 mit dem Krebszentrum der Universität von Hawai'i. Dieses erhielt für die nächsten fünf Jahre 5,5 Millionen US-Dollar. Beide Zentren wollen in den nächsten fünf Jahren ihre Forschungen in drei Bereichen intensivieren. Erstens sollen junge Mädchen in Guam und Hawai'i über die Gefahren von Gebärmutterhalskrebs aufgeklärt und gegen die humanen Papillomviren geimpft werden. Zweitens will man in Guam und Saipan Erwachsene über die schädlichen Folgen des Betelnusskauen (z.B. Mundkrebs, Zahnfäule) aufklären und eine Art „Betelnuss-Aussteigerprogramm“ auflegen, und drittens will man erforschen, inwiefern das extensive Kauen von Betelnüssen zu chronischen Entzündungen im Körper führen kann. (*Pacific Daily News 09.10.15*)

Nauru vor dem Menschenrechtsrat

Nauru: Derzeit durchläuft Nauru in Genf beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen das zweite *Universal Periodic Review* (UPR) zur Lage der Menschenrechte. Bei den regelmäßigen Kontrollen des Menschenrechtsrates geht es darum, die Menschenrechtssituation in den Ländern auf den Prüfstand zu stellen und Empfehlungen zu erteilen, wie diese verbessert werden kann.

In Genf bekam die Delegation aus Nauru unter Leitung des Justizminister David Adeang vor allem Kritik an der Unterbringung der Asylbewerber zu hören, die Australien dort in einem Flüchtlingslager untergebracht hat. Die Zustände in den Lagern müssten stark verbessert werden, lautete eine Forderung. Vertreter anderer Länder im Menschenrechtsrat kritisierten auch die Einschränkung der Pressefreiheit sowie die Beschränkungen freier journalistischer Arbeit. Des Weiteren wurde der Umgang mit oppositionellen

Politikern kritisiert. Viele Mitglieder im Rat forderten die Regierung von Nauru auf, völkerrechtliche Abkommen zu ratifizieren. Mehrfach wurde dazu aufgerufen, die Konvention gegen die Ausbeutung von Frauen zu ratifizieren und Maßnahmen zu ergreifen, um Frauen besser vor sexueller Gewalt zu schützen.

Deutschland legte Nauru besonders die Informations- und Pressefreiheit ans Herz.

Info: Auf der Internetseite der UPR lassen sich die 95 Empfehlungen der Ländervertreter im Rat an Nauru nachlesen. Die nächste Überprüfung der Menschenrechtslage ist für das Jahr 2020 anberaumt.

(<http://www.upr-info.org/en/review/Nauru>, Radio NZ Intern. 04.11.15)

Neue Flugroute

Nauru: Mitte November hat die Fluggesellschaft „Air Nauru“ die neue Flugroute nach Chuuk in Betrieb genommen. Damit verbindet die Fluggesellschaft nun das australische Brisbane mit vier Staaten in Mikronesien: Majuro, Kosrae, Pohnpei und Chuuk.

Info: Chuuk ist ein Atoll der Karolinen in den Föderierten Staaten von Mikronesien. In der Lagune von Chuuk befinden sich insgesamt 57 Inseln. Die elf größten sind vulkanischen Ursprungs und bewohnt. Insgesamt leben rund 41.000 Menschen in Chuuk. (*Mars-hall Islands Journal 20.11.15, Wikipedia*)

MARSHALL-INSELN

Alternativer Nobelpreis

Der Außenminister der Marshall-Inseln, Tony de Brum, und das Volk der Marshall-Inseln sind mit dem undotierten Ehrenpreis des Alternativen Nobelpreises „Right Livelihood Award“ geehrt worden. Sie erhielten die Auszeichnung bei einem Festakt am 30. November im schwedischen Parla-

ment in Stockholm.

In der Begründung zur Vergabe des Ehrenpreises heißt es wörtlich: „...in recognition of their vision and courage to take legal action against the nuclear powers for failing to honour their disarmament obligations under the Nuclear Non-Proliferation Treaty and customary international law.“

Tony de Brum hatte im Jahr 2014 vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Klage gegen alle neun Atomwaffenmächte eingereicht, weil diese ihren Abrüstungsverpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag nicht nachkommen.

De Brum wurde 1945 auf Likiep geboren. Als Kind erlebte er die amerikanischen Atomwaffentests auf den Marshall-Inseln mit. 1979 war er erstmals Außenminister der Marshall-Inseln, seit dieser Zeit ist er auch Abgeordneter im Parlament, derzeit für das Atoll Kwajalein. Nach diversen politischen Ämtern ist de Brum seit März 2014 erneut Außenminister der Marshall-Inseln. Neben seinem Engagement gegen Atomenergie und für die nukleare Abrüstung ist de Brum ein international geachteter Aktivist für den Klimaschutz. In dieser Funktion hat er bereits mehrfach vor den Vereinten Nationen über die Folgen des Klimawandels für die niedrig gelegenen Inseln im Pazifischen Ozean gesprochen.

Info: Der *Right Livelihood Award* – auch bekannt als „Alternativer Nobelpreis“ – ehrt Menschen und Initiativen, die Lösungen für die dringendsten Probleme unserer Zeit finden und erfolgreich umsetzen. Der Preis wurde 1980 von dem deutsch-schwedischen Publizisten, Philatelisten und späteren Europa-Abgeordneten Jakob von Uexküll ins Leben gerufen. Heute ist er besser bekannt als „Alternativer Nobelpreis“. Über die Vergabe entscheidet eine internationale Jury. Seit 1985 findet die Verleihung jedes Jahr im Dezember im schwedischen Reichstag statt. Der Preis wird meist an vier Preisträger vergeben, einer

der Preise ist oft ein undotierter Ehrenpreis. Die anderen Preisträger teilen sich ein Preisgeld von insgesamt drei Millionen SEK (Stand 2015). Das Geld dient der Unterstützung der Arbeit der Preisträger und ist nicht für den persönlichen Gebrauch bestimmt.

(http://www.rightlivelihood.org/de_brum.html, Radio NZ Intern. 02.10.15)

† Jurelang Zedkaia

Am 7. Oktober starb in Majuro an den Folgen eines Herzinfarktes der ehemalige Präsident der Marshall-Inseln, Jurelang Zedkaia. Der 65-jährige Paramount Chief (offizieller Titel: „Iroij“) des Atolls Majuro war im Oktober 2009 mit 17:15 Stimmen zum Präsidenten gewählt worden, nach einem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen seinen Vorgänger Litokwa Tomeing.

Zedkaia arbeitete im Pharmaziebereich und in der Verwaltung des *Majuro Atoll Local Government* (MALGOV) als Ratsmitglied für den Bereich Gesundheit, Bildung und Soziales. Vor seiner Wahl zum Präsidenten war er fünf Jahre lang Senator im Unterhaus des Parlaments der Marshall-Inseln (Nitijela). Er war stellvertretender Regierungssprecher, bevor er im Januar 2008 zum Regierungssprecher gewählt wurde.

Der parteilose Zedkaia war bei der Bevölkerung äußerst beliebt. Er kam stets im Freizeitlook mit T-Shirt und Baseballkappe ins Parlament und konnte dabei beobachtet werden, wie er sich vor wichtigen Veranstaltungen vor der Tür oder im Auto einen Anzug und eine Krawatte anzog. Der traditionelle Chief des Atolls war ein leidenschaftlicher Fischer und ein ausgezeichneter Ukulele-Spieler. Sein Titel als Chief des Atolls ging traditionell auf seinen jüngeren Bruder über.

Zedkaia erhielt ein Staatsbegräbnis und einen Trauergottesdienst in der Kirche der *Assembly of God*. Begraben wurde er in der

traditionellen Grabstätte aller vorherigen Paramount Chiefs im Landesinneren des Majuro Atolls.

Präsident Christopher Loeak, der als Nachfolger von Zedkaia seit 2012 im Amt ist, ordnete einen Monat Staatstrauer an. (*Marianas Variety* 12.10.15, *Radio NZ Intern.* 12.10.15, *Wikipedia*)

KIRIBATI

Eröffnung eines Forschungszentrums

Anfang November hat Präsident Aote Tong auf Tarawa ein Sonderforschungszentrum zu Atollen eröffnet. Das Zentrum ist Bestandteil des neu gebauten Campus der *University of the Pacific (USP)*, die ihre seit 1976 bestehende Außenstelle auf Kiribati damit aufgerüstet hat. Das Forschungszentrum wurde durch einen Kredit der *Asian Development Bank (ADB)* ermöglicht. Hier sollen die Auswirkungen des Klimawandels auf Atolle sowie die Auswirkungen der zunehmenden Infrastruktur auf Atollen beobachtet werden.

Der Direktor des Uni-Campus, Ueantabo Mackenzie, erklärte, das Forschungszentrum sei wichtig, da Atolle äußerst fragil seien und schnell auf veränderte Rahmenbedingungen reagierten. Man erhoffe sich Aufschlüsse über die Zukunft der pazifischen Atolle im Zeichen eines Anstiegs des Meeresspiegels und steigender Meerwassertemperaturen. Die Erkenntnisse aus der pazifischen Atoll-Forschung könnte man vielleicht zukünftig auch auf Atolle in anderen Weltmeeren übertragen, erklärte Mackenzie.

Info: Der neue Campus der USP besteht aus einem dreistöckigen Gebäude mit vier Klassenzimmern, einer Aula, einer Bibliothek, einer Universitätsbuchhandlung, einem Computerraum, einem Physik- und Chemiesaal sowie Räumlichkeiten für das Lehrpersonal und den ASTA. Mit dem Neubau war Ende 2014 begonnen worden, die ADB stellte dafür

3,6 Millionen US-Dollar zur Verfügung. (*Radio NZ Intern.* 09.11.15, <http://spto.org/news/item/3973-kiribati-opens-new-usp-campus>)

POLYNESIEN

TONGA

Beschränkung des Internets

Anfang Oktober hat das tongaische Parlament die Ergänzungen zum „Gesetz über das Fernmeldewesen“ (*Communications Bill*) mit 15:0 Stimmen verabschiedet. Vor allem konservative Politiker wollten das aus dem Jahr 2000 stammende Gesetz über die Informationsfreiheit der Bürger schnellstmöglich verschärfen. In zweiter Lesung wurde das Gesetz trotz kritischer Stimmen verabschiedet. Es regelt den Internetzugang für die Bewohner Tongas. Drei Ergänzungen sind nach Angaben des Parlaments zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Internetpornographie ergänzt worden. So darf das Ministerium (*Ministry of Information and Communications*) künftig Webseiten mit eindeutig pornographischen Daten einfach „abschalten“ bzw. den Zugriff blockieren („Take down notice“). Eine zweite Änderung regelt das so genannte „Opt Out Filtering“. Das bedeutet, dass erwachsene Tongaer, in deren Haushalt keine Kinder leben, beim Ministerium einen Antrag auf Aufhebung der Pornographie-Filter stellen können. Das Ministerium will dann im Einzelfall entscheiden, welche der von der Regierung blockierten Seiten für den Antragsteller freigegeben werden dürfen. Ein weiterer Paragraph regelt das „Mandatory Filtering“. In diesem Fall kann der einheimische Netzanbieter Digicel von der Regierung gezwungen werden, bestimmte jugendgefährdende Seiten für immer vom Netz zu nehmen.

Der Verabschiedung des Geset-

zes waren lange Diskussionen vorausgegangen. Ein adeliges Parlamentsmitglied fragte nach, inwieweit sich die Regierung in die Privatsphäre von Bürgern einmischen dürfe. Es müsse doch wohl erlaubt sein, zu Hause im privaten Umfeld jede nur mögliche Internetseite aufzurufen, sagte Lord Vaea mit Vehemenz. Dem widersprach der Justizminister Vuna Fa'otusia. Man müsse hier sehr genau zwischen der informationellen Selbstbestimmtheit der Bürger und dem „Nationenwohl“ unterscheiden. Wenn das Wohl tongaischer Kinder durch Pornographie im Netz gefährdet sei, müsse die persönliche Informationsfreiheit der Bürger zurückgestellt werden, erläuterte der Minister. (*Sonderbeilage im Matangi Tonga*, 09.10.15)

EU unterstützt Energieversorgung

Die Europäische Union (EU) hat Tonga einen Kredit in Höhe von 3,82 Millionen US-Dollar gewährt. Damit sollen in den nächsten drei Jahren die Vorgaben aus der *Energy Road Map* (Fahrplan zur Energieversorgung) umgesetzt werden. Der EU-Beauftragte für den Pazifik, Andrew Jacobs, sagte, von den Geldern sollte vor allem das ländliche Tonga profitieren.

Die Energiepolitik des polynesischen Königreichs sieht langfristig die Energiewende vor. Man wolle sich unabhängiger von fossilen Treibstoffen machen und mit Hilfe regenerativer Energien auch zum Klimaschutz beitragen, sagte Finanzminister Aisake Eke. Bis zum Jahr 2020 wolle man 50 % der benötigten Energie aus erneuerbaren Energien gewinnen, versprach Eke. Er betonte, dass mit Hilfe der EU-Gelder vor allem ländliche Gemeinden mit Elektrizität versorgt werden könnten. Das mache das Leben für viele komfortabler, erläuterte er bei der Unterzeichnung des Kreditvertrages in der Hauptstadt Nuku'alofa Mitte Oktober. (*Matani Tonga* 13.10.15)

Rotarier versorgen Schulen mit Trinkwasser

Der Rotarier-Club hat rund 900 Schüler an drei Grundschulen in Tonga mit Trinkwassergewinnungsanlagen versorgt. Anfang des Jahres hatte der Club Vertreter von Schulen eingeladen und nachgefragt, welche Schulprojekte dringend finanzielle Unterstützung benötigten. Man einigte sich auf die Instandsetzung und den Neubau von Trinkwasserleitungen an den Schulen. Im Juli und August des Jahres führten ehrenamtliche Helfer die Baumaßnahmen durch. Rotarier-Präsident Peter Poulsen sagte, Trinkwasser sei für die Ganztagschüler besonders wichtig, um die Konzentration aufrechtzuerhalten. Oft brächten Schüler von zu Hause mit Keimen verunreinigtes Wasser mit und erkrankten daran. Mit den für Schüler kostenlosen Wasserspendern könne man die Schulen effektiv unterstützen, erklärte der Präsident. Er bedankte sich bei den jeweiligen Schulleitungen, den ehrenamtlichen Handwerkern und den Gemeindegliedern in den Schulbezirken für die Unterstützung. Ein besonderer Dank ging an die australische Botschaft in Nuku'alofa, die das Projekt zusätzlich unterstützt hat. (*Matangi Tonga* 28.09.15)

Stipendium für tongaischen Künstler

Der tongaische Maler und Holzschnitzer Visasio Siasau (Künstlername: Sio) hat beim „24. Wallace Art Award“ in Pah Homestaed/Neuseeland den ersten Preis und damit ein Stipendium für einen sechsmonatigen „Artists in Residence“-Aufenthalt in New York gewonnen. Er wird die Zeit für künstlerische Fortbildungen im *International Studio and Curatorial Program* nutzen. Sio wird von seiner Ehefrau Serene Tay begleitet, mit der gemeinsam er ein großformatiges Tapa-Bild bei dem Künstlerwettbewerb in Neuseeland eingereicht hatte. Serene Tay, eine Malerin mit chi-

nesischen und Maori-Wurzeln, hatte mit einer Frauenkooperation das Tapa-Tuch hergestellt, das dann von Sio mit gestempelten Tapaquadraten beklebt worden war. Als Thema für die Tapa hatte sich Sio den christlichen Erstkontakt auf Tonga ausgesucht und christliche Elemente mit traditioneller tongaischer Symbolik verbunden. Dazu hatte er 23 verschiedene Stempel geschnitzt, diese auf Tapastücke gedruckt und sie anschließend in zwei Bahnen auf die Tapa geklebt.

Info: Der gelernte Elektriker Sio arbeitete zunächst in seinem Beruf bei der tongaischen Navy. Später zog er mit seinen Eltern und Geschwistern nach Neuseeland. Hier lernte er u.a. die Holzschnitzkunst bei seinem Onkel, einem traditionellen Schnitzer. Die bei dem Wettbewerb eingereichte Tapabahn war übrigens mit 4,40 Meter Breite und 18 Metern Länge so groß, dass sie am Flughafen in Apia in zwei Teile getrennt werden musste, um in den Flugzeugbauch zu passen! (*Matangi Tonga* 14.09.15, <http://www.wallaceartstrust.org.nz/wallace-art-awards/2015/>)

Brustkrebs als häufigste Todesursache

Brustkrebs ist nach Angaben der tongaischen Gynäkologin Dr. Ana Akau'ola die häufigste Todesursache in Tonga. In den vergangenen zwei Jahren starben daran 27 Frauen, mehr, als an jeder anderen Krebsart. Akau'ola sprach anlässlich des „Pink October Breast Cancer Awareness Month“ bei einer Fachtagung von Brustkrebsspezialisten in Wellington (Neuseeland). Die meisten Frauen erkrankten zwischen dem 30. und dem 40. Lebensjahr, Brustkrebs bei Frauen über 70 Jahren konnte die Ärztin nicht beobachten. Sie rief dazu auf, die Mammographie-Untersuchung im Krankenhaus in Vaiola wahrzunehmen. Frühzeitig erkannt, gebe es gute Heilungsaussichten. Außerdem erteilte sie den Rat, Übergewicht abzubauen, weniger

Alkohol zu trinken und mit dem Rauchen aufzuhören.

Info: Die in Texas ansässige Stiftung *National Breast Cancer Foundation* hat den Monat Oktober zum „Aufklärungsmonat“ über Brustkrebs erklärt. Weltweit können Frauen und Männer in diesem Monat mit einer an das (Blusen- oder Hemd-)Revers gehefteten pinkfarbenen Schleife auf den Brustkrebs, seine Früherkennungs- und Behandlungsmöglichkeiten hinweisen.

(*Radio NZ Intern.* 05.10.15, <http://www.nationalbreastcancer.org/breast-cancer-awareness-month>)

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Deutsche Gelder für Wassertanks

Tuvalu: Die Bundesrepublik Deutschland hat über ihre deutsche Vertretung im neuseeländischen Wellington kürzlich 70.000 AUS-Dollar an das Rote Kreuz von Tuvalu überwiesen. Die Spende wurde vom Generalsekretär des Roten Kreuzes, Olioliga losua, entgegengenommen. Mit dem Geld sollen 25 Wassertanks nach Tuvalu verschifft und dort aufgestellt werden. Sie dienen dem Sammeln von Regenwasser. Grund für die deutsche Spende sind die schweren Zerstörungen, die der Tropensturm Pam im März des Jahres angerichtet hatte. Damals waren viele Häuser und Wassertanks zerstört worden. (*Newsletter of the German Embassy in Wellington* 25.11.15)

Bedrohte Tierarten

US-Samoa: Vertreter der amerikanischen Behörde *Pacific Islands Fish and Wildlife Office* haben in Amerikanisch-Samoa fünf endemische Tierarten auf die Bewerberliste der bedrohten Tiere gesetzt. Es handelt sich um zwei Arten von Ma'o Vögeln, eine Fledermausart sowie zwei

Schlangenarten. Die Einwohner von US-Samoa haben nun 60 Tage Zeit, Informationen und Beobachtungen über diese Tiere an das Büro weiterzugeben. Gibt es keinen Widerspruch gegen die Auswahl der Tiere, werden diese in die „Rote Liste bedrohter Tier- und Pflanzenarten“ aufgenommen.

Info: Die Rote Liste ist ein Indikator für den Zustand der Biodiversität unseres Planeten und gibt heute Auskunft über den internationalen Gefährdungsstatus von ca. 76.000 Tier- und Pflanzenarten. Herausgegeben wird die Rote Liste in regelmäßigen Abständen von der Weltnaturschutzunion IUCN. (*Radio NZ Intern. 19.10.15*)

Welt-Toiletten-Tag

Samoa: Mit einem eintägigen Workshop unter dem Thema „*Toilet first-Sanitation for all*“ hat Samoa am 19. November den 2013 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten *Welt-Toiletten-Tag* begangen. Im *fale* des Tourismusverbandes in Apia erinnerte der samoanische Premierminister Tuilaepa Malielegaoi an die Bedeutung von sauberen Toiletten für die Gesundheit der Bevölkerung. Vor allem Kinder litten unter fehlenden oder stark verschmutzten Toiletten, so der Premier. Samoa habe sich deshalb dafür entschieden, jährlich am Welt-Toiletten-Tag mit besonderen Aktionen auf den Tag aufmerksam zu machen. In diesem Jahr wurden etliche neu gebaute moderne wasserlose Toilettenhäuschen eingeweiht. Durch eine spezielle Technik verrotten die Fäkalien in einer Grube unterhalb der Toilette, ohne dass es zu Gestank kommt. Alle Materialien für diese Toiletten sind kompostierbar. Sie wurden an besonders frequentierten Orten der Hauptinsel aufgestellt. Der Premier will sich für den Bau weiterer Klohäuschen einsetzen. Zu dem Workshop im Versammlungshaus *fale* waren auch eigene Schulklassen eingeladen.

Sie sollten von der Bedeutung sauberer Schultoiletten überzeugt werden.

Info: Als Welt-Toiletten-Tag wurde der 19. November erstmals 2001 von der Welttoilettenorganisation ausgerufen. Am 24. Juli 2013 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig den 19. November zum Welt-Toiletten-Tag der Vereinten Nationen erklärt. Hintergrund ist das Fehlen ausreichend hygienischer Sanitäreinrichtungen für mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung und dadurch bedingt verschmutztes Wasser sowie wasserbürtige Krankheiten, was gesundheitliche und sozio-ökonomische Folgen nach sich zieht. (<http://worldtoilet.org/>, *Talamua 20.11.15*)

Say NO to violence

Samoa: Vom 25. November bis zum 10. Dezember laufen in Samoa Aktionswochen unter dem Thema „*Say NO to violence*“. Die 16-tägige Kampagne wird u.a. von der australischen Regierung finanziell unterstützt. Neben Workshops, Infobroschüren und Flyern zieren derzeit großformatige Plakate alle öffentlichen Gebäude, die Fähren zwischen den Inseln sowie öffentliche Plätze wie Märkte und den Busbahnhof. Darauf posieren männliche, bekannte Samoaner mit dem Spruch „A Warrior's Promise“ (Das Versprechen eines Kriegers). Mit ihrem Gesicht auf den Plakaten sprechen sich diese Männer gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen aus. Schirmherr für die Plakatserie ist der bekannte ehemalige samoanische Rugby-Nationalspieler Eliota Fuimaona-Sapolu. (*Talamua 24.11.15*)

Helmpflicht gefordert

Cook-Inseln: Der Polizeipräsident der Cook-Inseln, John Strickland, fordert die Einführung der Helmpflicht für die Motorradfahrer. Bisher können Motorräder

bei einer Geschwindigkeit von unter 40 km/h ohne Helm gefahren werden. Da es jedoch überproportional viele tödliche Unfälle auf der rund 32 Kilometer langen Küstenstraße rund um die Hauptinsel Rarotonga gibt, erhofft sich die Polizei eine Verringerung der Verkehrstoten durch die Helmpflicht.

Derzeit laufen Verhandlungen der Polizei mit dem Verkehrsministerium. Gegen Ende des Jahres soll das Parlament über die Einführung der Helmpflicht abstimmen. (*Radio NZ Intern. 19.10.15*)

Sprachlern-App

Cook-Inseln: Eine Sprachlern-Applikation zum Erwerb des Rarotongan-Maori, der einheimischen Sprache auf den Cook-Inseln, ist seit Ende September für mobile Endgeräte verfügbar. Offiziell eingeweiht wurde die neue App von Premierminister Henry Puna. Dieser sagte in einer Rede, in seiner Kindheit habe es in der Schule Schläge gehagelt, wenn er Maori gesprochen habe. Pflichtsprache sei Englisch gewesen. Zum Glück könne man nun überall im Pazifik eine Rückbesinnung auf die einheimischen Sprachen entdecken, erklärte Puna.

Bereits vor zwei Jahren hatte der Cook-Islander Anonga Tisam ein regierungseigenes Stipendium erhalten, um die App zu programmieren. Diese ist noch nicht fertig, sondern wird täglich mit neuen Wörtern „gefüttert“. Dazu tragen sowohl das Bildungsministerium auf den Cook-Inseln als auch die *University of Technology* in Auckland (Neuseeland) bei, unter deren Ägide das Sprachprojekt läuft. Angedacht ist längerfristig auch die Aufnahme von Dialektbegriffen und weiteren Sprachen, die auf den Cook-Inseln gesprochen werden.

Info für alle Interessierten: Die „Cook Islands Maori“-App kann für 1,99 US-Dollar im App-Store von Apple heruntergeladen werden. (*Radio NZ Intern. 05.09.15*)

Proteste gegen Ringwadennetze

Cook-Inseln: Über 300 Menschen haben Ende November in der Hauptstadt Avarua gegen die Fischfangmethode mit Ringwadennetzen in den Gewässern der Exklusiven Ökonomischen Zone der Inseln protestiert. In Anspielung auf den Premierminister Henry Puna trugen die Demonstranten Plakate mit der Aufschrift „Less Puna, more tuna“ sowie „No fish, no future“.

Das Parlamentsmitglied George Maggie aus dem Bezirk Tupapa hatte zu dem Protestmarsch aufgerufen. Grund für den Protest war eine Kabinettsvorlage des Fischereiministeriums, wonach die Regierung einer spanischen Fischfangflotte den Fang mit Ringwadennetzen erlauben sollte. Die Cook-Inseln bekämen für die Genehmigung 9,6 Millionen US-Dollar. Die Gegner dieser Vorlage hatten bereits zuvor 4.000 Unterschriften gesammelt und diese einem Sprecher des Parlaments übergeben. Die Unterzeichner befürworteten das völlige Verbot der Ringwadenfischerei in den Gewässern der Cook-Inseln, da durch diese Methode zu viel Beifang in den Netzen verendet. (Cook Islands News 23.11.15)

Mess-System eingeweiht

Niue: Anfang November hat auf Niue eine neue Mess-Station ihren Betrieb aufgenommen. Die Wetterstation soll vor allem Werte zu Flut und Ebbe liefern und damit langfristig Daten zu einem potentiellen klimawandelbedingten Anstieg des Meeresspiegels liefern. Die Station soll des Weiteren Landbewegungen messen und als Frühwarnsystem für einen Tsunami arbeiten.

Der Chef des *Niue Meteorological Service*, Sionetasi Pulehetoa, erklärte, mit der Mess-Station könnten nun zuverlässige Daten über das Wetter und den Ozean gespeichert werden, die der heimischen Schifffahrtsindustrie sowie

dem Tourismus zugute kämen. (Radio NZ Intern. 06.11.15)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerkmitglied, Honolulu/Hawai'i.]

† Tetua Mai (1939-2015)

Frz.-Polynesien: Am 19. Mai verstarb der tahitische Politiker und Unabhängigkeitskämpfer Tetua Mai im Alter von 76 Jahren in Vairao auf der Insel Tahiti.

Mai, der vom gleichnamigen Königshaus der Insel Bora-Bora abstammt, wurde im Jahre 1939 auf der Insel Huahine geboren. Er zog in die Hauptstadt Papeete auf Tahiti, erlernte den Beruf eines Elektrikers und engagierte sich in den 1970er Jahren in der politischen Partei *Te Ea Api* („Der Neue Weg“) unter Führung von Francis Ariiohau Sanford, der sich gegen die Atomtests und für die Autonomie des Territoriums einsetzte. Als Frankreich nach langen Auseinandersetzungen dem Territorium 1977 beschränkte Autonomie zugestand und Sandford Ministerpräsident der Territorialregierung wurde, ging dies Mai nicht weit genug. Mit Billigung Sanfords begann er deshalb, ebenso wie viele andere frühere Mitglieder der *Ea Api*-Partei, als nächsten Schritt auf die Unabhängigkeit des Landes hinzuwirken.

Inspiziert von der 1980 gegen massiven Widerstand Frankreichs erreichten Unabhängigkeit der britisch-französischen Doppelkolonie der Neuen Hebriden unter dem Namen Vanuatu, gründete Mai zwei Jahre später die Partei *Te Tiamaraa o Te Nunaa Maohi* („Die Unabhängigkeit des Volks der Maohi“) und rief 1982 eine provisorische Regierung der *Hau Repupirita Maohi No Porinetia* („Maohi-Republik von Polynesiern“) aus, mit sich selbst als Präsidenten an der Spitze.

Mais ‚Republik‘ trug einerseits Züge einer skurrilen Operette. So ließ sich Mai mehrere Monate lang in einer Limousine mit dem selbstgestanzten Nummernschild „Peretiteni“ („Präsident“) mit einer Motorradeskorte und uniformierten Leibwächtern durch die Gegend fahren. Erst als seine ‚Präsidentengarde‘ 1983 in hangreifliche Auseinandersetzungen mit Vertretern der französischen Staatsmacht geriet und zwei Gendarmen ‚festnahm‘, wurden Mai und mehrere seiner Anhänger wegen Geiselnahme verhaftet und vorübergehend eingesperrt. Bis 1988 unterhielt er im Stadtzentrum von Papeete ein ‚Präsidentsamt‘. Danach führte er dieses in einem Wohnhaus auf Huahine weiter.

Andererseits war Mais ‚Republik‘ durchaus Teil einer durchdachten politischen Strategie. Gegen eine geringfügige Gebühr stellte seine ‚Regierung‘ sogenannte ‚Maohi-Personalausweise‘ aus, deren Inhaber als Bürger der provisorischen Regierung geführt wurden. Insgesamt etwa 20.000 Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von damals etwa 150.000) ließen sich auf diese Weise ihren Widerstand gegen das französische Kolonialsystem dokumentieren, auch wenn darunter die wenigsten Mai als den legitimen Präsidenten des Landes anerkannten. Bei den Wahlen zur Territorialversammlung, an denen Mai nur teilnahm, um für seine provisorische Regierung Aufmerksamkeit zu erlangen, erhielt seine Partei nie mehr als ein paar hundert Stimmen.

Mai folgte damit der Strategie der *Vanuaaku Pati* unter Walter Lini und Barak Sope während der siebziger Jahre im späteren Vanuatu, die damals ebenfalls das offizielle Kolonialsystem der Briten und Franzosen boykottiert und eine provisorische Regierung ausgerufen hatte – eine Strategie, die tatsächlich am Ende in die Unabhängigkeit mündete. Von der Regierung Vanuatus erhielt Mai daher auch offene Unterstützung. Er reiste mehrmals nach Port Vila und unterhielt enge persönliche Beziehungen zu Lini und

Sope. Das Melderegister mit den 20.000 Namen der potentiellen Bürger seiner ‚Republik‘ ließ er aus Sicherheitsgründen als Duplikat von der Regierung von Vanuatu verwahren. Auch andere pazifische Inselstaaten, etwa die Cook-Inseln, Samoa und Tuvalu, unterhielten bis Ende der 1990er Jahre inoffizielle und halboffizielle Kontakte zu Mais provisorischer Regierung.

Die französische Regierung sah Mai deshalb durchaus als ernstzunehmende Gefahr für ihre Atom- und Kolonialpolitik und versuchte mit verschiedenen Mitteln, seine politischen Tätigkeiten zu unterbinden. Noch 1996 wurden er und mehrere seiner Mitstreiter unter fadenscheinigen Vorwänden verhaftet und wegen ‚subversiver‘ Tätigkeiten, wie beispielsweise der Ausstellung von Maohi-Personalausweisen, verhaftet und gerichtlich belangt.

Nach der Jahrtausendwende zog sich Mai aus der aktiven Politik zurück. Zuletzt flammte sein politisches Interesse nochmals kurz auf, als er im Zuge einer neuerstarkten royalistischen Bewegung seine königlichen Wurzeln wiederentdeckte und als Vertreter von Huahine Mitglied in dem vom Thronerben der tahitischen Königsdynastie Joinville Pomare gegründeten „Königlichen Traditionsrat“ wurde.

Mai war zweimal verheiratet und hinterlässt eine große Familie mit zwölf Kindern, fünfzig Enkeln und ebenso vielen Urenkeln. Die Beisetzung fand in seinem Heimatdorf Parea auf der Insel Huahine statt. (*La Dépêche de Tahiti; Tahiti-Pacifique; eigene Recherchen und Interviews mit Herrn Mai in den Jahren 2004 und 2007*)

Neue Welle chilenischer Polizeigewalt

Rapa Nui: Am 26. und 27. August stürmten Sonderkommandos der chilenischen Polizei das Büro- und Versammlungsgebäude des Rapanui-Parlaments in der Inselhauptstadt Hanga Roa sowie wei-

tere Lokalitäten und nahmen drei Mitarbeiter der Organisation, darunter den Präsidenten des Parlaments Leviante Araki, fest. Das 2001 gegründete Rapanui-Parlament ist eine basisdemokratische Gemeinschaftsorganisation, die den die Entkolonisierung der Insel anstrebenden Bevölkerungsteil der Insel (nach Schätzungen etwa die Hälfte der Einheimischen) vertritt.

Hintergrund der erneuten Welle polizeilicher Gewalt ist die seit März dieses Jahres andauernde Besetzung der Einrichtungen des bisher von der chilenischen Forstverwaltung betriebenen Nationalparks durch das Parlament. Der von Chile einseitig ohne Konsultation der Insulaner gegründete Nationalpark, der Teil des UNESCO-Weltkulturerbes ist (auch die Anmeldung zum Weltkulturerbe wurde von Chile ohne Konsultation der Einheimischen durchgeführt) umfasst alle bedeutenden archäologischen Ruinen der Insel, d.h. die Hauptziele des Massentourismus. Das Parlament hatte argumentiert, dass die Eintrittsgebühren zu den Monumenten ihrer Vorfahren den Insulanern direkt zu Gute kommen sollten, anstelle im Budget der chilenischen Forstverwaltung im über 3.000 Kilometer entfernten Santiago zu versickern, und sich daher kurzerhand selbst die Verwaltung des Nationalparks und die Eintreibung der Eintrittsgebühren angeeignet.

Das in den USA ansässige „Indian Law Resource Center“, eine weltweit tätige Rechtshilfeorganisation für indigene Völker, die bereits mehrmals vom Rapanui-Parlament im Kampf gegen chilenische Staatsgewalt engagiert worden war, rief die chilenische Regierung zur sofortigen Freilassung der politischen Häftlinge auf. (*Indian Law Resource Center, www.indianlaw.org*)

HAWAII

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerkmitglied, Honolulu/Hawaii.]

Internationaler Gerichtshof identifiziert Hawai'i eindeutig als eigenen Staat

Der Ständige Schiedshof in Den Haag (engl. Permanent Court of Arbitration; franz. Cour permanente d'arbitrage), der 1899 als erste internationale Gerichtsstanz gegründet wurde, hat vor einigen Monaten das Hawaiische Königreich eindeutig als unabhängigen Staat identifiziert.

Der Ständige Schiedshof verhandelt Streitfälle zwischen Staaten, sowie zwischen Staaten und Privatparteien. Bereits im Jahre 2001 wurde vor dem Gerichtshof der Fall Larsen v. Hawaiian Kingdom verhandelt, in dem der hawaiische Staatsbürger Lance Larsen die von dem Politikwissenschaftler Keanu Sai vertretene geschäftsführende Hawaiische Regierung verklagte, da diese ihn nicht gegen die den Archipel illegal okkupierenden US-Sicherheitskräfte, von denen Larsen verhaftet worden war, geschützt hatte.

Das Gericht hatte damals nach Anhörung der beiden Parteien die Fortführung des Verfahrens abgelehnt, da dazu die USA als weitere Partei unentbehrlich gewesen wären, aber sich geweigert hatten, an dem Prozess teilzunehmen. Der Gerichtshof hatte aber in seinem Abschlussbericht festgestellt, dass Hawai'i im neunzehnten Jahrhundert ein völkerrechtlich anerkannter unabhängiger Staat war. Da die USA die Inseln nie durch einen völkerrechtlichen Akt annektiert, sondern lediglich 1898 besetzt hatten, also nie einen Beweis vorgelegt hatten, Hawai'is Souveränität ausgelöscht zu haben, gehen Sai und andere Völkerrechtler daher trotz der faktisch bestehenden US-Herrschaft von einer rechtlichen Kontinuität der Souveränität des Inselstaates aus.

Da der Ständige Schiedshof neben Staaten auch private Entitäten wie z.B. Firmen und Einzelpersonen als Prozessparteien akzeptiert, war es allerdings nie hundertprozentig klar, wie der Larsen-Fall rechtlich genau einzuordnen ist. Eine im Sommer dieses Jahres durchgeführte Neuordnung der Website des Gerichtshofes, auf der es jetzt eine komplett online abrufbare Datenbasis aller seit 1899 verhandelten Fälle gibt, hat nun Klarheit geschaffen. In der neuen Auflistung wird Larsen als Privatpartei, und das Hawaiische Königreich, vertreten durch seine geschäftsführende Regierung, als staatliche Partei identifiziert, nicht anders als in anderen Fällen Deutschland, die Schweiz, Großbritannien und andere Staaten.

Damit ist die von Sai und vielen anderen Hawaiiern seit Jahrzehnten geführte Kampagne, die völkerrechtswidrige Besetzung Hawaiis durch die USA von der internationalen Gemeinschaft verurteilen zu lassen, einen entscheidenden Schritt weiter vorangekommen, denn damit ist der rechtliche Fortbestand des Hawaiischen Königreichs zum ersten Mal explizit von einem Gericht bestätigt worden.

(Website des Haager Ständigen Schiedshofes, <http://www.pcacases.com/web/view/35>; Hawaiian Kingdom blog)

Gerichtsurteil legt Teleskopbau auf Eis

Der seit Ende letzten Jahres mehrmals versuchte Baubeginn eines gigantischen Teleskops auf dem heiligen Berg Mauna Kea auf der großen Insel von Hawaii wurde durch ein Gerichtsurteil weiter auf Eis gelegt.

Am 18. November entschied der oberste Gerichtshof des US-Bundesstaates Hawaii, die bereits erlassene Baugenehmigung für das Teleskop zeitweilig auszusetzen. Damit wird der Baubeginn weiter auf unbestimmte Zeit verschoben.

Mehrmalige Versuche, mit dem Bau zu beginnen, hatten jedes Mal zu massiven Protesten und Blockaden der Baustelle durch sich selbst als „Protectors“ (Schützer) bezeichnende Aktivisten geführt. Mehrmals hatte die Polizei Bergschützer verhaftet und versucht, deren Barrikaden zu beseitigen, doch die Proteste hatten auf lange Sicht enormen Erfolg, denn seit dem geplanten Baubeginn ist mittlerweile bereits ein ganzes Jahr vergangen.

(Honolulu Star-Advertiser, Hawaii News Now, eigene Recherchen)

Umstrittene ‚indigene hawaiische‘ Wahlen laufen an; Washingtoner Gericht stoppt Auszählung der Stimmen

Anfang November begann die einmonatige Briefwahl zu einer verfassungsgebenden Hawaiischen ‚Aha [Versammlung]. Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse Anfang Dezember soll die 40-köpfige Versammlung dann im Februar 2016 zusammentreten und bis Ende April ein Verfassungsdokument für eine zukünftige ‚indigene Hawaiische Regierung‘ ausarbeiten, das dann im Juni erneut der Wählerschaft zur Ratifikation vorgelegt werden soll.

Die von der privat verwalteten, aber aus öffentlichen Geldern finanzierten Stiftung „Na‘i Aupuni“ [eine Anspielung auf den Staatsgründer des hawaiischen Königreichs Kamehameha I] organisierte Wahl ist das Ergebnis langjähriger Bemühungen des politischen Establishments des US-Bundesstaates Hawaii, eine Regierung für ‚indigene‘ Hawaiiern zu schaffen, die dann von der US-Bundesregierung ähnlich der Regierung eines Indianerreservats anerkannt werden kann.

Nachdem der jahrelange Versuch, einen solchen Prozess durch ein Bundesgesetz im US-Kongress einzuleiten, endgültig scheiterte, versuchte die Administration des damaligen Gouverneurs Neil Abercrombie vor vier Jahren, dies andersherum, ge-

wissermaßen von unten, zu versuchen. Das Parlament des US-Bundesstaats beschloss dazu 2011 ein Gesetz, demzufolge eine vom Gouverneur ernannte Kommission eine Liste ‚indigener‘ Hawaiiern erstellt, die an der Bildung einer solchen Regierung interessiert sind. 2013 wurde diese Kommission ernannt, und die Liste der qualifizierten hawaiischen Wähler wurde Mitte dieses Jahres abgeschlossen. Im August wurden alle auf der Liste stehenden Wähler benachrichtigt und bis Ende September hatten sich zahlreiche Kandidaten für die verfassungsgebende Versammlung angemeldet.

Der Prozess wurde von verschiedener Seite heftig kritisiert. Rechtsextreme Amerikaner, vertreten in Hawaii durch das sogenannte Grassroot Institute, lehnen jegliche Form hawaiischer Autonomie und ‚indigener Rechte‘ ab, da ihrer Meinung nach Hawaii unwiederbringlich Teil der USA ist und keine US-Bürger irgendwelche Sonderrechte haben dürften.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums stehen diejenigen, die für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit eintreten. Während einige von diesen den Prozess akzeptierten und als Kandidaten antraten, mit der Hoffnung durch eine Mehrheit für die Unabhängigkeit in der verfassungsgebenden Versammlung den Vertretern des Establishment einen Strich durch die Rechnung zu machen, lehnen viele andere den Prozess grundsätzlich ab: Erstens, weil die Wahl Teil des völkerrechtswidrigen amerikanischen Besatzungsregimes ist, und nur eine weitere illegale US-Marionettenregierung, neben dem bereits bestehenden US-Bundesstaat schaffen würde. Und zweitens, weil das hawaiische Königreich das Wahlrecht nie auf ‚indigene‘ Hawaiiern beschränkte, sondern zahlreiche Staatsbürger hatte, die nicht einheimischer Abstammung waren.

Hinzukommt, dass die Wählerregistrierung alles andere als transparent ablief, da nicht nur die wenigen zehntausend, die sich auf-

grund des Gesetzes von 2011 registrieren ließen, sondern etwa hunderttausend bereits bei staatlichen Behörden für verschiedene Arten von Sozialleistungen registrierte Hawaier ebenfalls in die Wählerliste übernommen wurden, ohne dafür um ihre Zustimmung gefragt worden zu sein.

Aufgrund dessen formierte sich ein ungewöhnliches Zweckbündnis aus Anhängern des Hawaiischen Königreichs und Vertretern des rechtsextremen Grassroot Institute, die gegen die Wahl eine Rechtsbeschwerde einreichten, mit der Begründung, die Wahl basiere auf politischer und rassistischer Diskriminierung. Zwei der Beschwerdeführer fanden sich zudem gegen ihren Willen auf der Wählerliste wieder.

In erster Instanz lehnte der lokale US-Bundesgerichtshof in Honolulu am 23. Oktober die Beschwerde ab, mit der Begründung, es handle sich um eine privat organisierte Wahl, auf die rechtliche Prinzipien nicht anwendbar seien. Das politische Establishment des Bundesstaates hatte sich somit geschickt beraten lassen, und die Wahl in ein rechtliches Limbo gestellt, das gerichtlich nur schwer anfechtbar ist. Am 19. November bestätigte ein Berufungsgericht in San Francisco das Urteil. Daraufhin riefen die Beschwerdeführer den obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten in Washington an.

Am 27. November verfügte Bundesrichter Anthony Kennedy, Beigeordneter des Obersten Gerichtshofs, dass die Auszählung der Stimmen ausgesetzt werden müsse, bis der Gerichtshof in der Sache entschieden habe. Die Stimmabgabe dürfe aber wie geplant bis zum 30. November weitergehen. (*Honolulu Star-Advertiser, Civil Beat, www.naiaupuni.org*)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Aufstockung der Entwicklungshilfe

Die neuseeländische Regierung wird in den nächsten drei Jahren ihre Entwicklungshilfe für die pazifischen Inselstaaten von bisher 900 Millionen NZ-Dollar auf dann eine Milliarde NZ-Dollar aufstocken. Das gab Premierminister John Key am Rande seines Besuches bei seinem neuguineischen Amtskollegen Peter O'Neill Mitte September in Port Moresby bekannt. Damit fließen 60 % des gesamten Entwicklungshilfeetats der neuseeländischen Regierung in die pazifische Region. Man habe sich für die Aufstockung des Betrages entschieden, so der Premier, weil der Pazifik neben Australien zu den „*very good friends*“ (sehr guten Freunden, Zitat) Neuseelands gehöre. (*The National* 10.09.15)

Ausweitung des Rauchverbots

Noch in diesem Jahr wird das bisher geltende Rauchverbot im australischen Bundesstaat Queensland ausgeweitet. Das gab Gesundheitsminister Cameron Dick Mitte Oktober bekannt. Grund dafür sind die immer noch 3.700 Opfer im Bundesstaat, die die Nikotinsucht jährlich fordert.

Bisher darf man in Queensland weder in Bars und Restaurants sowie auch nicht am Arbeitsplatz rauchen. Das Rauchverbot gilt auch für Sportstätten, öffentliche Grillplätze und bewachte Strände.

Nun soll das Verbot so ausgeweitet werden, dass künftig weder in und außerhalb von Kindergärten und Schulen, auf Sportveranstaltungen für Kinder, an Bushaltestellen sowie auf öffentlichen Plätzen geraucht werden darf. Auch in Schwimmbädern, rund um und in Altenheimen und in Fußgängerzonen nahe von Regierungsgebäuden darf dem-

nächst nicht mehr geraucht werden. Außerdem gilt dann ein Mindestabstand für Raucher von fünf Metern vor Läden und Ämtern.

Generell dürfen Zigarettenhersteller nicht mehr mit Aufstellern und Plakaten für ihre Produkte werben. Die Stadträte der Großstädte in Queensland können zudem individuell weitere Verbotszonen für Raucher einrichten. (*Brisbane Times* 17.10.15)

Bevölkerungsentwicklung bis 2038

Bis zum Jahr 2038 könnten 11 % der in Neuseeland lebenden Bevölkerung pazifischen Ursprungs sein. Das ist das Ergebnis der neuesten Bevölkerungshochrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Auf der Grundlage des letzten Zensus aus dem Jahr 2013 veröffentlichte das Statistikamt Mitte Oktober die neuen Berechnungen. Demnach wird der Anteil von Menschen mit pazifischer Herkunft von 0,34 Millionen im Jahr 2013 auf 0,65 Millionen im Jahr 2028 anwachsen. Der Anteil der asiatisch-stämmigen Bevölkerung wird von 0,54 Millionen Menschen auf dann 1,26 Millionen Menschen ansteigen. Die Maori-Bevölkerung soll einen Zuwachs von bisher 0,69 Millionen auf 1,18 Millionen Menschen im Jahr 2038 verzeichnen. Die Menschen europäischer oder „anderer“ Herkunft werden im Jahr 2038 3,82 Millionen stellen (im Jahr 2013: 3,31 Millionen).

Generell wird die asiatisch-pazifische Bevölkerung mehr anwachsen als die europäische Bevölkerung. Die Statistiker erklären dies mit der höheren Kinderzahl der Pazifikinsulaner und der Asiaten im Vergleich zur europäisch-stämmigen Bevölkerung. (http://www.stats.govt.nz/browse_for_stats/population/estimates_and_projections/NationalEthnicPopulationProjections_HOTP2013-38.aspx)

INDONESIEN WESTPAPUA

Menschenrechts- beauftragter der BRD besucht Indonesien

Indonesien: Vom 18. bis zum 21. September besuchte der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Christoph Strässer MdB, Indonesien und reiste am 19. September auch in die abgelegene Konfliktregion Westpapua.

Zuletzt fand vor acht Jahren ein Besuch von zwei Sonderberichterstatter zu Menschenrechten der Vereinten Nationen in Westpapua statt. Nachdem diese sehr ernste Berichte an den Menschenrechtsrat in Genf abgaben, ließ Indonesien keine hochrangigen Menschenrechtsbeobachter mehr in die Konfliktregion einreisen. So hatten die letzten beiden Vorgänger von Herrn Strässer, Günter Nooke und Markus Löning, nicht nach Westpapua reisen können. Mit Präsident Joko Widodo scheint sich nun eine Öffnung zu vollziehen; eine Öffnung, die von Indonesien lange international gefordert wurde.

In Westpapua traf sich der Bundesbeauftragte mit Menschenrechtsorganisationen sowie dem Gouverneur der Provinz Papua und hatte eingehende Gespräche mit dem Friedensaktivisten Pastor Neles Tebay vom *Papua Friedensnetzwerk*, dem Medienaktivisten Victor Mambor von der *Allianz Unabhängiger Journalisten* (Papua Sektion), sowie mit einem Vertreter der *Nationalen Menschenrechtskommission Komnas HAM* in Papua.

Wie Strässer berichtet, wusste er die Reisegenehmigung nach Westpapua besonders zu schätzen. Neben den Frustrationen über die Entwicklungen seit dem Inkrafttreten des Sonderautonomiegesetzes 2001 wurden ihm

auch die verschiedenen Erwartungen der Zivilgesellschaft erklärt. Strässer sähe daraufhin eine weitere Bündelung von deren Bemühungen als wichtigen nächsten Schritt. Der Bundesbeauftragte wies explizit auch auf die Notwendigkeit einer funktionierenden Gesundheitsversorgung und des Schulwesens hin.

Als Resümee verstand Strässer, dass es indigenen Papuas um das Ende von Diskriminierung und ein würdevolles Leben in ihrem eigenen Land ginge. Er sähe dazu die Umsetzung bereits existierender Rechtsrahmen als Aufgabe, die die Zivilgesellschaft weiter einfordern müsse. Zu diesen rechtlichen Mitteln zähle beispielsweise die Einsetzung von Menschenrechtsgerichtshöfen und einer Wahrheits- und Versöhnungskommission. (*Bericht auf www.west-papua-netz.de*)

Filep Karma aus Haft entlassen

Westpapua: Der Papua Filep Karma, der bekannteste politische Gefangene Westpapas, wurde am 19. November 2015 nach einer Haftzeit von elf Jahren aus dem Gefängnis entlassen. Hunderte Unterstützer jubelten entlang der Straße, als er das Gefängnis in Abepura verließ.

Karma wurde am 1. Dezember 2004 verhaftet, weil er eine Zeremonie in Abepura geleitet hatte, bei der die verbotene Morgensternflagge gehisst worden war. Er wurde damals wegen Landesverrats zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Seine Freilassung war bereits länger geplant und von Präsident Widodo auch angekündigt worden, wurde jedoch immer wieder verschoben, weil Karma sich weigerte, ein Schuldgeständnis abzulegen. Laut der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* wurde er nun wegen guter Führung vorzeitig entlassen. Karma sagte bei seiner Freilassung: „*Ich bin zwar aus einem Gefängnis entlassen worden, be-*

finde mich jedoch immer noch in einem größeren Gefängnis, nämlich in Indonesien. Ich bin noch gefangen im Staat Indonesien mit seinen diskriminierenden und rassistischen Gesetzen. Papua ist noch nicht unabhängig, daher ist mein Kampf noch nicht beendet.“

Amnesty International betrachtete Karma als politischen Gefangenen und setzte sich seit Jahren weltweit für dessen Freilassung ein. (*Amnesty International 19.11.15, Westpapua Netzwerk online 19.11.15*)

Maori-Sender dreht in Westpapua

Westpapua: Erstmals seit mehr als 50 Jahren hat ein neuseeländisches Fernseherteam Zutritt zu Westpapua bekommen. Produzent Adrian Stevanon vom Fernsender *Maori Television* und die Journalistin Karen Abplanap konnten nach eigenen Angaben unbehelligt filmen. Dabei ging es jedoch nicht um eine politische Dokumentation, sondern um Einblicke in das Leben der Papuas. Die zweiteilige Dokumentation „*Inside West Papua*“ entstand in der Reihe „*Native Affairs*“ des Maori-Senders und zeigte vor allem das „normale“ Leben der Papuas in der Stadt und auf dem Land. Trotzdem wusste Stevanon die Dreherlaubnis zu schätzen. Es sei wohl der erste Schritt einer von Präsident Joko Widodo versprochenen schrittweisen Lockerung des Einreise- und Drehverbots für ausländische Journalisten, sagte der Maori-Produzent. Er habe sehr große Angst gehabt, in der indonesischen Provinz zu drehen, erklärte Stevanon. Vor Ort habe er sich dann jedoch sehr sicher gefühlt und auch keine Probleme mit dem indonesischen Militär gehabt. (*Pacific Scoop 28.09.15, http://www.maoritelevision.com/news/politics/native-affairs--inside-west-papua--part-1*)

AUSTRALIEN

Unterstützung für PNG

Die australische Außenministerin Julie Bishop hat nach einem Besuch der dürregeplagten Hochlandregion von Papua-Neuguinea Katastrophenhilfe in Höhe von 3,5 Millionen US-Dollar zugesagt. Bishop war Anfang November nach PNG gereist und hatte sich gemeinsam mit dem neuguineischen Außenminister Rimbink Pato vor Ort über die Auswirkungen des diesjährigen El Niño-Wetterphänomens informiert. Nach monatelanger Dürre und Frost ist ein Großteil der Ernte im Hochland zerstört, die Menschen, vor allem Kinder, Alte und Kranke, sterben hungers. Mit den australischen Geldern soll vor allem die Trinkwasserversorgung der Hochlandbevölkerung sichergestellt werden.

Bishop sagte außerdem der pan-pazifischen Katastrophenhilfe 2,8 Millionen US-Dollar zu. Damit sollen die Organisationen unterstützt werden, die sich auf anderen Pazifikinseln um die Opfer von El Niño kümmern. (*Radio NZ Intern. 07.11.15*)

Umsiedlung von Manus

Der australische Außenminister Peter Dutton erklärte Ende Oktober, dass man mit der Umsiedlung von Asylbewerbern von der Insel Manus beginnen werde. In dem vor drei Jahren wiedereröffneten Auffanglager auf der Insel Manus leben derzeit etwa 900 Asylbewerber aus arabischen Ländern. Einige der Asylbewerber sollen jetzt nach Festland-PNG umgesiedelt werden. Wo genau man die Menschen unterbringen werde, sei noch nicht geklärt, sagte der Minister. Es ginge aber darum, qualifizierten Bewerbern, deren Antrag positiv beschieden wurde, den beruflichen Neustart in einer aufstrebenden Nation zu

ermöglichen und sie nicht länger im Lager „gefangen“ zu halten. Der Minister betonte, dass auch Menschen mit positiven Asylanträgen nicht nach Australien einreisen dürften. Das entspräche dem gemeinsamen Abkommen „Regional Resettlement Agreement“, das Australien und Papua-Neuguinea 2013 geschlossen hatten. Zwar dürfen die Asylbewerber sich in PNG niederlassen, doch dürfen sie dort weder die neuguineische Staatsbürgerschaft beantragen noch in den nächsten acht Jahren Land besitzen oder für ein politisches Amt kandidieren. Die Flüchtlinge sollen in PNG Eingliederungshilfen wie Integrations- und Sprachkurse bekommen. Auch will die Regierung Gemeinschaftsunterkünfte bereitstellen. (*BBC 23.10.15, Radio NZ Intern. 23.10.15, The Advertiser 23.10.15*)

Studenten gehen nach PNG

Im neuen Jahr werden 46 australische Studierende an Bildungseinrichtungen in Papua-Neuguinea ihr Studium fortsetzen. Die Studierenden werden für ein Jahr u.a. an der Pacific Adventist University, an der University of PNG, am Kavieng Krankenhaus, am Zentralkrankenhaus in Port Moresby und im Provinzkrankenhaus von Alotau studieren. Sie tun das im Rahmen der australischen Bildungsinitiative *New Colombo Plan*. Dieses Stipendienprogramm unter Ägide des Außenministeriums ermöglicht es Studierenden zu Beginn ihres Studiums, Auslandserfahrungen in 38 Ländern des indopazifischen Raumes zu machen. Ziel ist es, die Studierenden besser mit den Möglichkeiten der australischen Anrainerstaaten vertraut zu machen und ihnen berufliche Perspektiven auch außerhalb des Heimatlandes aufzuzeigen. (*Post-Courier 11.11.15, <http://dfat.gov.au/people-to-people/new-colombo-plan/pages/new-colombo-plan.aspx>*)

SPORT

Rugby-Coach zurückgetreten- Neuseeland Weltmeister

Nach dem Misserfolg der samoanischen Rugby-Nationalmannschaft *Manu Samoa* beim diesjährigen *Rugby World Cup* (Weltmeisterschaft) in England ist der samoanische Trainer der Mannschaft, Stephen Betham, zurückgetreten. Auch Team-Manager Namulauulu Sami Leota nahm seinen Hut. *Manu Samoa* konnte nach Niederlagen gegen Südafrika, Japan und Schottland nicht die Endrunde der Weltmeisterschaft erreichen und fiel deshalb vom achten auf den 15. Rang der Weltrangliste zurück. Wegen der Niederlagen muss sich die Mannschaft für die Weltmeisterschaft 2019 in Japan nun erneut qualifizieren.

Das rein pazifische Endspiel der Weltmeisterschaft Australien gegen Neuseeland sorgte bei Rugby-Fans weltweit für Begeisterung. Mit 14:34 verloren die australischen *Wallabies* gegen die neuseeländischen *All Blacks* im Rugby-Tempel von Twickenham bei London. Für die *All Blacks* ist es der dritte Weltmeistertitel insgesamt und der zweite hintereinander. Neuseeland hatte zuletzt 2011 im eigenen Land den Titel errungen. Australien hatte den Weltmeistertitel ebenfalls schon zwei Mal (1991 und 1999) gewinnen können. Beide Mannschaften standen sich jedoch noch nie in einem Endspiel um den Weltmeistertitel gegenüber.

Für die Neuseeländer war es auch der erste Gewinn einer Weltmeisterschaft außerhalb des Heimatlandes. Auch der Titel bei der allerersten Rugby-Weltmeisterschaft im Jahr 1987 wurde von den *All Blacks* in Neuseeland gewonnen.

Viele Sportmoderatoren und Rugby-Experten stuften in ihren Kommentaren die *All Blacks* als

bestes Rugby-Team aller Zeiten ein. (*Stuff.co.nz* 19.10.15, <http://www.rugbyworldcup.com/>)

† Jonah Lomu

Am 18. November starb im neuseeländischen Auckland der Rugby-Spieler Jonah Lomu im Alter von 40 Jahren an einer seltenen Nierenkrankheit. Der in Mangere bei Auckland geborene Sohn tongaischer Auswanderer galt weltweit als „Rugby-Star“. Mit 19 Jahren wurde er der jüngste Nationalspieler Neuseelands. Insgesamt spielte er 63 mal für die *All Blacks*, bevor er mit 28 Jahren zurücktrat, weil ihm eine Niere transplantiert werden musste. Diverse Comeback-Versuche nach der Transplantation scheiterten. Von 2004 bis 2011 spielte er zwar in verschiedenen Teams auf Amateurniveau, musste dann aber aufgrund der Verschlechterung seines Gesundheitszustands 2011 seinen endgültigen Abschied vom Sport nehmen.

Lomu spielte in der Position des Außendreiviertels. Er sorgte mit seinem Stil und vor allem durch seine überlegene Schnelligkeit für Furore. So lief er zu seinen besten Zeiten trotz etwa 125 kg Körpergewicht und 1,96 Meter Körpergröße die 100m in 10,8 Sekunden und konnte somit oft mit purer Kraft und Schnelligkeit die gegnerischen Verteidigungslinien durchbrechen. Sein Einsatz im Spiel gegen England in der Weltmeisterschaft 1995 wurde zum besten Spieleinsatz aller Zeiten gewählt.

Lomu war erst einen Tag vor seinem Tod mit seiner Familie aus London zurückgekehrt, wo er die Rugby-Weltmeisterschaft verfolgt hatte. Er hinterlässt seine (dritte) Ehefrau und zwei Söhne im Alter von fünf und sechs Jahren. Der Trauergottesdienst für den Verstorbenen fand in der tongaischen methodistischen Kirche in Mangere bei Auckland im Beisein tausender Gäste statt. Über dem Kirchenportal prangte zur Erinnerung an Lomus Rugbyshirt-

Nummer eine große „11“. Die Trauerrede hielt der neuseeländische Minister für die pazifischen Einwanderer, Sam Lotu-liga.

Info: Bereits zu Lebzeiten wurde Lomu als „Rugby-Legende“ gefeiert. Sportkommentatoren bezeichneten ihn gar als „Naturgewalt“. Lomu selber sagte über sich: *„The way I played rugby was, if you give me no option, I will run over you“*.

Der neuseeländische Premierminister John Keys betitelte Lomu in seinem Nachruf als „Nationalhelden“. 2007 war Lomu mit dem neuseeländischen Verdienstorden *Order of Merit* ausgezeichnet worden.

(<http://www.sport1.de/rugby/rugby-wm/2015/11/neuseeland-all-blacks-trauern-rugby-legende-jonah-lomu>, Sonderbeilage in der *Rugby Mail* online 29.08.15, *Radio Australia* 23.11.15, *Wikipedia*)

„TOK BILONG PASIFIK“

Pazifische „Trauminseln“

Die Leser des amerikanischen Hochglanzreisemagazins *Condé Nast Traveler* haben einige pazifische Inseln zu den zwanzig schönsten Inseln der Welt gewählt. Bei der jährlichen Umfrage unter den Lesern weltweit schafften es Bora Bora (Französisch-Polynesien), Moorea (Französisch-Polynesien), die *Whitsunday Islands* (Australien), Tasmanien (Australien) und die Cook-Inseln auf die Bestenliste. Voraussetzung für die Teilnahme an der Umfrage war ein Urlaub auf den entsprechenden Inseln. Die Reisenden konnten anschließend online die Inseln samt der Hotelinfrastruktur bewerten. Außerdem konnten sie persönliche Kommentare zu Reisezielen hinterlassen. Knapp 82.000 Leser wählten dabei die Cook-Inseln als *„dream escape“* (Zitat) und schwärmten vor allem von der kristallklaren Lagune und den auf den Cook-Inseln gezüchteten schwarzen Perlen.

Info: Das *Condé Nast Traveller-Magazin* wurde 1987 in Amerika gegründet. Es wird in New York verlegt und hat eine Auflage von knapp 822.000 Exemplaren. Das Lifestyle-Magazin richtet sich an gut situierte Reisende, die sich abseits des Massentourismus einen Luxusurlaub in eher unbekanntem Gegenden gönnen wollen. Dazu stellt das monatlich erscheinende Magazin Länder und Hotels mit ausführlichen Porträts vor. Für die Verbindung von journalistisch sehr guten Artikeln mit brillanten Farbfotos hat das Magazin bereits 25 internationale Preise eingeheimst. (*Cook Islands News* 23.10.15, <http://www.cntraveller.com/>)

Erster Tauchunfall auf Bikini

Erstmals seit Freigabe des Bikini-Atolls für den Tauchtourismus im Jahr 1996 ist es zu einem tödlichen Unfall gekommen. Der 75-jährige deutsche Taucher Hans Erich Volborth hatte sich entgegen der Anweisungen von seiner Tauchgruppe entfernt und konnte später nur noch tot geborgen werden. Die Taucher waren mit zwei einheimischen Tauchlehrern des marshallesischen Tauchanbieters *Martin Daly* vor dem Atoll unterwegs, um sich die Wracks amerikanischer und japanischer Kriegsschiffe aus dem Zweiten Weltkrieg anzuschauen.

Info: Das Bikini-Atoll war zwischen 1946 und 1954 Schauplatz von 67 amerikanischen Atombombentests. Das Atoll ist seit Aufnahme der Tests bis heute aufgrund der radioaktiven Verstrahlung unbewohnt, seit 1996 ist es jedoch für Tages-Tauchtouristen freigegeben. Im Juli 2010 wurde Bikini wegen seiner herausragenden Rolle als Testgelände für die amerikanischen Atombombentests zum Weltkulturerbe der UNESCO ernannt. (*Marianas Variety* 24.09.15, *Wikipedia*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Die kirchlichen Nachrichten dieser Ausgabe wurden zusammengestellt von Lucia Herold, FSJ'lerin im Referat Pazifik, Papua-Neuguinea und Ostasien.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

400 Jahre alte Bibel tourt

Zur Feier des 40-jährigen Jubiläums der Unabhängigkeit wurde Premierminister Peter O'Neill eine 400 Jahre alte Bibel überreicht. Als ein Geschenk aus den USA wurde sie am 31. Juli 2015 als Nationalschatz anerkannt. Alle geplanten Feierlichkeiten um diese Bibel wurden von der *Body of Christ*-Kirche finanziert.

(*The National* 10.09.15)

Keine Homo-Ehen

Die *Katholische Kirche* und die PNG *Assemblies of God Church* (AOG) haben sich klar gegen so genannte Homo-Ehen ausgesprochen. Der Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz (CBC), Fr. Victor Roche, sagte, dass die Katholische Kirche sowie die AOG nicht bereit seien, Homo-Ehen zu akzeptieren, da diese gegen die Natur und Kultur PNGs sind. Pfarrer Joe Pandu, Kirchenleiter der AOG, kam nach einem Treffen mehrerer Kirchenleitender der acht pazifischen Inselnationen in Fidschi zu einem ähnlichen Schluss: Homo-Ehen gehörten von den pazifischen Inseln verbannt, so Pandu. Lust und dämonische Handlungen dürften nicht ersetzen, was Gott eingesetzt habe. Alle Kirchenleitenden vertreten die Meinung, dass die Ehe beschränkt sei auf die Beziehung zwischen Mann und Frau und dass sie der Reproduktion diene.

(*The National*, 24.08., 01.10.15)

Jugend im Mittelpunkt der Kirchen

Drei Kirchen hielten ihre Jugendkonferenzen ab. Ungefähr 70 Jugendliche aus sieben Stadtgemeinden nahmen am Jugendforum der Anglikanischen Kirche in Port Moresby teil. Der Diözesanbischof von Port Moresby, Denny Bray Guka, sprach sich für die Wichtigkeit der Rolle der Jugendlichen in der Anglikanischen Mission aus. Auch die ELC-PNG realisierte das Potenzial der Jugendlichen und lud zu einer nationalen Jugendkonferenz. Dabei appellierte der leitende Bischof der ELC-PNG, Rev. Giegere Wenge, an die Regierung und die Kirchen, Jugendliche bei gewissen Fragen einzubeziehen und zu den Anführern der Zukunft zu machen. Auch die Katholische Kirche veranstaltete ein Treffen mit über 2.000 Jugendlichen. Laut Vikar Fr. Bernard Boem von der Wewak-Diözese müsse sich die Katholische Kirche neu organisieren und im Blick haben, was die Jugend heute betrifft. Jugendlichen müsse dazu auch erlaubt sein, in der Kirche teilzuhaben.

Gemeinsam ist den drei Kirchen das Ziel, jungen Menschen Stärke, Mut zur Verantwortung und Vertrauen in Gott mit auf den Weg zu geben. (*The National*, 24.08., 22.09., 01.10.15)

PNG nach vorne bringen

Der Lebensstandard in PNG könne nur durch Gebete, harte Arbeit und die Ändern der Einstellung verbessert werden, denn das Land ist reich an Ressourcen, so mahnte der Generalsekretär der Katholischen Bischöfe von PNG und Solomon Islands (CBC), Fr. Victor Roche. Der hindernde Faktor Korruption, der sich stark unter den Menschen in Führungspositionen und Regierung ausbreitet, müsse zudem gestoppt werden. Die Rolle der Kirche sieht er dabei im Dienst am Menschen, besonders auch in ländlichen Gebieten. (*The National*, 14.09.15)

Einheit der Kirchen?

Zum Tag der Buße am 26. August kam das Thema „Einheit der Kirchen“ von verschiedenen Seiten auf. Grand Chief Sir Michael Somare verlangte die Einheit aller Kirchen im Land, weil diese wichtig für die Entwicklung der Nation sei. Aus kirchlicher Sicht ist das Begehen dieses Tages ein weiterer Schritt für Christen zur Einheit und eine Vorbereitung auf das 40-jährige Jubiläum der Unabhängigkeit, so Pastor Peter Luke.

Hunderte Christen feierten diesen Tag gemeinsam vor dem Parliament House in Port Moresby mit Liedern und Gebeten. (*The National* 27.08.15)

Gerichtshof hält Kirchenrats-Entscheidung aufrecht

Der Oberste Gerichtshof in Port Moresby bestätigte, dass Kam bang Holdings Ltd (KHL) auf den Entschluss des Kirchenrates der ELC-PNG hin gerechterweise in die Insolvenz geführt wurde. Diese Entscheidung wurde von Aktionären am 6. Oktober 2015 gefällt. KHL kann seine Schulden in Höhe von über 30 Mio. Kina nicht zurückzahlen, besonders weil es bereits während einer früheren Insolvenz seine Arbeit nicht fortsetzen konnte. Die Verhandlungskosten müssen nun die Angeklagten übernehmen. (*The National* 14.10.2015)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Hilfe für Betroffene von El Niño

Die katholischen Bischöfe von PNG und den Solomon Islands (CBC) helfen mit 20.000 Kina den Provinzen, die besonders von Dürre und Frost aufgrund von El Niño geplagt sind. Kirchliche Mitarbeitende aus den katholischen Diözesen wie Wabag, Kundiawa, Mt. Hagen und Mendi überwachten die Folgen des Wetterphänomens im Hochland. Zu Beginn

dieser Wetterkrise wurde die Regierung von Papua-Neuguinea von mehreren Kirchenleitern, darunter auch der *Body of Christ* Kirche, kritisiert. Man warf ihr Unmenschlichkeit und Unmoral vor, da sie trotz der Notlage vieler Menschen 25 Mio. Kina für die Feierlichkeiten zum 40. Jubiläum der Unabhängigkeit verwenden wollte. Nach dem Ruf der CBC zur Zusammenarbeit erweiterte die Regierung jedoch deren Hilfe um diese 25 Mio. Kina. Dafür gab es viel Lob und Dank seitens der Bischöfe für die Regierenden. Sie appellierten jedoch auch, sicherzugehen, dass die Hilfe sofort bei den Betroffenen ankommt und nicht der Bürokratie oder falschen Händen zum Opfer fällt. Ein Aufruf zur tätigen Mithilfe ging auch an die Bewohner der Hochlandregion selbst. Trotz der Sorge, dass auf die angekündigte Hilfe keine Taten folgen, ist nach CBC Hilfe am besten zu gewährleisten, wenn Kirche, Regierung und Einwohner zusammenarbeiten. (*The National* 24.08., 25.08., 28.08., 02.09., 29.09.15)

Bischof attackiert

Beim Versuch, gemeinsam mit der Polizei einen Straßenprediger, der die Katholische Kirche beleidigte, zu stoppen, wurde der katholische Bischof Christian Blouin aus der Diözese Lae von der Menge der Zuhörer mit Steinen beworfen und dadurch am Kopf verletzt. Die Polizei rief die Prediger dazu auf, fair zu predigen und im Interesse der Religion andere Konfessionen und Lehren zu respektieren. Jedoch seien sie, die Polizisten, nicht die Richtigen zur Lösung des Konflikts. Beide Konfliktparteien kamen deshalb zu einem klärenden Gespräch zusammen. Der Präsident der *Catholic Professionals Society*, Paul Harricknen, sagte, das es viele Straßenprediger gäbe, die aufrichtig Gottes Wort verbreiten, aber auch solche, die nur gegen andere Kirchen und Konfessionen hetzen. (*The National* 31.08., 03.09.15)

AUS ANDEREN KIRCHEN

Land auf Gottes Wort bauen

United Church: Anlässlich der Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum der Unabhängigkeit rief der Leiter der United Church of PNG (UCPNG), Rev. Bernard Si-ai, dazu auf, PNG auf Gottes Wort als Fundament zu stellen, wie es in einem christlichen Land sein sollte. Damit sollte das Volk alle Unterschiede sein lassen und als EIN Volk in Zukunft verantwortungsbewusst auf diesem starken Fundament bestehen. Seinen Worten nach werden die Politiker in Neuguinea nur Veränderungen sehen, wenn sie das Wort Gottes zum Regieren nutzen. (*The Nationa*, 10.09., 21.09.15)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Methodisten wollen Kava-Missbrauch eindämmen

Fidschi: Nach einem einwöchigen Treffen aller Kirchenmitarbeiter sagte der Generalsekretär der Methodistischen Kirche von Fidschi, Rev. Dr. Epineri Vakadevavosa, in einem Interview, dass alle Kirchenmitglieder Kava nur noch bis 22.30 Uhr konsumieren sollten. Dabei solle zwar die Freiheit auf den Konsum von Kava ein Grundrecht bleiben. Zugleich wolle man mit dieser Regel jedoch die Menschen auf die gesundheitsschädliche Wirkung von Kava hinweisen. (*Pacific Islands Report* 11.09.15)

Kirchen Samoas bemühen sich, Gewalt zwischen Geschlechtern zu beenden

Samoa: Gemeinsam mit der UNESCO und dem Frauenprogramm der Vereinten Nationen (UN Women) arbeiten die samoanischen Kirchen an einer auf biblischen Texten basierenden Broschüre mit 16 physischen, mentalen und verbalen Vorschlägen, um Gewalt gegen Frauen zu

stoppen. Kirchenvertreter weisen gemeinsam darauf hin, dass ein Wandel des Gewalt-Problems nur mit der Hilfe von friedensbasierten Organisationen stattfinden kann. (*Pacific Islands Report*, 17.09.15)

Suspendierung von Pfarrern

Tonga/Australien: Nachdem die drei tongaischen Pfarrer, Rev. Si-one Pinomi, Rev. Viliami Tu'ako und Rev. Matafonua Fotofili, für die Schulden der tongaischen *Free Wesleyan Church* in drei australischen Städten in Höhe von 21 Mio. AUS-\$ verantwortlich gemacht worden waren, wurden sie von der Kirchenleitung suspendiert. Durch den Bau einer Kirche kam es zu angeblich unübersehbaren Problemen, von denen sie dem nationalen Kirchenrat jedoch nichts erzählten. Mehrere aufgenommene Kredite, die nicht zurückgezahlt werden konnten, brachten die Kirche schließlich zu Fall. Auf Grund der großen Aufmerksamkeit befasste sich zuletzt sogar das australische Eliteunternehmen für Handelsrecht, Clayton Utz, mit dem Fall. (*Islands Business*, September 2015)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten: Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • TahitiPresse • Wantok • Westpapa-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONENSTELLE

und

Mission EineWelt

Gestaltet für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelischen Kirchen in Europa
Hauptstraße 2 • 91564 Neundettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de